

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
14. Mai 1913

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zunbel), Wilhelmshöhe,
Post Begetloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Die Rüstungslast. I. Von H. B. — Zur Lage der deutschen Militärstoffarbeiter. Von S. Jädel. — Bezirks-Frauentagungen. V. Von Luise Zieh. — Kommunale Mitarbeit der Frau in Bayern. Von Helene Grünberg. — Teure Zeiten. Von J. B. — Das Ergebnis der Tarifbewegung in der Holzindustrie. Von sk.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Aus den Organisationen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der Textilarbeiterbewegung. Von sk. — Aus der Holzarbeiterbewegung. Von sk.
Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Landarbeiterfrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Die Frau in öffentlichen Ämtern. — Verschiedenes.

Die Rüstungslast.

I.

Bei den Verhandlungen über die Wehr- und Deckungsvorlagen setzte der Reichskanzler die Miene des weisen Staatsmannes auf, der die Richtschnur seines Handelns nach den Lehren der Geschichte zieht. Er erklärte, die Weltgeschichte kenne kein Volk, das zugrunde gegangen wäre, weil es sich in seiner Wehrhaftmachung erschöpft hätte, wohl aber sehr viele, die verkommen sind, weil sie über Wohlleben und Luxus ihre Wehrhaftigkeit vernachlässigt haben. Die geschichtsphilosophische Annahme dieses Satzes ist nichts weiter als Aferwakenheit. Unter den Kräften, die die Entwicklung der Völker und deren Geschicke bestimmen, stellen die kriegerischen Rüstungen nur einen Bruchteil dar, und der Luxus ist mehr als Symptom denn als wirkende Ursache zu werten. Aber wenn man einmal den schulmeisterlichen Standpunkt einnimmt, von dem aus Herr Bethmann die Weltgeschichte betrachtet, so wird man immerhin eine Anzahl von Tatsachen finden, die dieser Behauptung widersprechen. Allerdings ist noch kein Volk lediglich unter dem Druck seiner militärischen Last untergegangen, ebensowenig aber eines durch Wohlleben oder Luxus. In der neueren Geschichte gibt es Beispiele, daß Völker auf der Höhe der Entwicklung plötzlich zurückbleiben, daß sie wirtschaftlich und kulturell zurückgehen und ihre Machtstellung unter den Nationen verlieren. Die Spanier und die Holländer sind solche Völker. Wohl wäre es verfehlt, ihren Niedergang, der bei jenen im sechzehnten, bei diesen im achtzehnten Jahrhundert einsetzt, allein auf das Konto der großen Rüstungslasten zu schieben, die ihnen von den herrschenden Klassen für deren auswärtige Politik aufgebürdet wurden. Immerhin ist aber nicht zu leugnen, daß unter den Ursachen des Niedergangs beider Völker, des Verfalls der spanischen und holländischen Macht, die gewaltigen Ausgaben für Heer und Flotte einen bedeutenden Posten ausmachen. Der wirtschaftliche und kulturelle Niedergang bedeutete aber in beiden Staaten für die Masse des Kleinbürgertums und des Proletariats wirkliche Verelendung. Im Spanien des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts herrschte eine Massenarmut fürchterlichsten Grades und gewaltigster Ausdehnung, die Zahl

der Bettler und Räuber war Legion, und bis heute hat das unglückliche Land die Folgen seiner Weltpolitik noch nicht völlig verwunden. Vom Holland des siebzehnten Jahrhunderts aber sagt Karl Marx: „Hollands Volksmasse war schon 1648 mehr überarbeitet, verarmter und brutaler unterdrückt als die des übrigen Europa überhaupt.“ Die Geschichtsweisheit des Kanzlers hat also ihre Lücken.

Stellt man die Frage richtig, wie die unablässige Steigerung des Rüstungsaufwandes auf die Staaten und Völker wirkt, und durchforscht man die Geschichte mit offenen Augen, so kommt man zu Ergebnissen, die zur Begründung der großen Heeresvorlage sehr schlecht passen. Natürlich versichern uns alle „nationalen“ Federn, daß Deutschland vor einer Überspannung seiner militärischen Ausgaben weit entfernt ist. Bei seinem steigenden Wohlstand und Reichtum, an dem auch die Arbeiterschaft ihren wohl gemessenen Anteil habe, könne es die Kosten des Heeres und der Flotte spielend tragen; von einer ungesunden Steigerung des kriegerischen Aufwandes sei keine Rede. Weiter suchen uns die Verteidiger der Rüstungspolitik mit sehr überzeugend aussehenden Zahlen zu beweisen, daß unter der Bevölkerung der Großstaaten der deutsche Staatsbürger die geringste Last für die „Verteidigung des Vaterlandes“ trage.

Stellen wir diesen immer wiederkehrenden Beteuerungen einmal die Wirklichkeit an der Hand der amtlichen Zahlen entgegen. Es sind dieselben Zahlen, die auch die Verteidiger des Militarismus benutzen. Nur wird ihre Bedeutung eine andere, wenn man den richtigen Vergleichsmaßstab anwendet und wenn man einige hinzufügt, die notwendig in die Gesamtrechnung gehören.

Die Ausgaben für Heer und Flotte sind seit Gründung des Reiches andauernd und stark gestiegen. Im Jahre 1872 meinte die „Vossische Zeitung“ entsetzt, höher könnten die militärischen Rüstungen kaum noch getrieben werden. Damals betrug der Aufwand für die Rüstungszwecke — für Heer, Marine, Pensionen und Zinsen jenes Teiles der Reichsschuld, der zur Deckung militärischer Ausgaben aufgenommen wurde — 303 Millionen Mark. Im Jahre 1897 war er auf 846 300 700 Mk. gestiegen; 1903 hatte er die Milliarde schon um 62 Millionen überschritten; 1911 war er auf über 1½ Milliarden — 1 543 362 000 Mk. — gewachsen, und 1912 machte er, schlecht gerechnet, 1670 Millionen Mark aus. Innerhalb dreißig Jahren hat sich die Last mehr als verfünffacht, und das ist noch nicht das Ende — wir stehen vor neuen, sehr erheblichen Erhöhungen.

Im Jahre 1911 wurde ein neues Quinquennat, eine Festsetzung der Heeresstärke für fünf Jahre, beschlossen, das für diesen Zeitraum neue Erhöhungen der Kosten brachte; 1912 folgte eine weitere Heeresverstärkung, die abermals ein Steigen der militärischen Ausgaben für die nächsten Jahre bewirkte, und schließlich wurde jetzt die Riesenheeresvorlage herausgebracht, die neben rund einer Milliarde einmaliger Kosten an dauerndem Mehraufwand allein 190 Millionen jährlich erfordert. Wir sind somit nicht allzuweit mehr von

dem Zeitpunkt entfernt, wo der Rüstungsetat die ungeheure Höhe von 2 Milliarden Mark jährlich erreicht haben wird.

Nun ist allerdings in dem Zeitraum von 1872 bis 1913 die Bevölkerung des Reiches von rund 40 auf 65 Millionen angewachsen. Ebenso ist es richtig, daß der Wohlstand gestiegen ist. Ein deutscher Staatsmann könnte, wie der englische Premierminister Gladstone in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, erklären, daß eine berauschende Vermehrung des Reichthums eingetreten sei. Natürlich würde er sich hüten, wie Gladstone hinzuzufügen, daß sich diese Vermehrung ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkt habe. Und er könnte sich ja auch mit einem gewissen Rechte auf die Hebung der Löhne der Arbeiterklasse berufen, auf die Tatsache, daß es der Arbeiterklasse gelungen ist, sich durch ihre Organisationen, durch den gewerkschaftlichen und politischen Kampf einen Anteil an der Vermehrung des Reichthums zu erobern. Indessen wird diese Lohnsteigerung in einem erheblichen Maße für manche Arbeiterschichten sogar ganz oder noch mehr als wettgemacht durch die Verteuerung der Lebensbedürfnisse, der Nahrungs- und Genussmittel, der Kleidung, der Wohnungen usw. Denn die Teuerung ist das Kennzeichen der imperialistischen Epoche des Kapitalismus, und sie wird besonders in Deutschland noch verschärft durch die Wirtschaftspolitik, durch Grenzsperrn, Zölle und durch Steuern. Die Steigerung, die das Einkommen der großen Masse des arbeitenden Volkes innerhalb der letzten dreißig Jahre erfahren hat, steht daher in keinem Vergleich zu der Vermehrung des Reichthums der Bourgeoisie noch zu dem Wachstum der militärischen Ausgaben. Gleichwohl werden diese zum weitaus überwiegenden Teile vom Proletariat und den ihm nahestehenden Schichten, den Angestellten, den unteren und mittleren Beamten, den kleinen Bürgern und Bauern getragen. Die Zunahme des Einkommens und Vermögens der Bourgeoisie aber, die es bislang meisterlich verstanden hat, den Rüstungsaufwand auf die Schultern der Nichtbesitzenden abzuwälzen, beweist nichts dafür, daß das Wachstum dieser Last von der Nation nicht verspürt werde.

Nun ist aber die Bürde noch nicht einmal mit den Ausgaben für Heer, Flotte, Pensionen und Reichsschuldzinsen voll erfasst. Die letzten Heeres- und Marineverstärkungen haben den Friedensstand der Landmacht auf rund 660 000 Mann gebracht, den der Marine auf 60 783, so daß also 720 783 Menschen im Jahre der produktiven Arbeit entzogen sind. Die neue Heeresvorlage erhöht diese Zahl auf 856 783 Mann. Für Deutschland wird ja der dadurch entstehende Verlust zum Teil durch Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte behoben. Doch bleibt trotzdem ein Ausfall nicht gedeckter Leistungen. Zu den Ausgaben hinzu kommen die Zuschüsse, die die Familien ihren eingezogenen Söhnen zu geben pflegen. Die Verpflegung der Mannschaften beim Militär läßt bekanntlich mancherlei zu wünschen übrig. Das Kommissbrot wird geliefert, für Butter, Schmalz oder Margarine, für Wurst, Käse und dergleichen muß der Soldat selber sorgen, wenn er sein Brot nicht trocken essen will. Die Löhnung ist mehr als knapp. Nachdem sie endlich auf jahrelanges Drängen der Sozialdemokratie hin um 8 Pf. erhöht worden ist, beträgt sie jetzt 30 Pf. im Tag. Für den Kauf von Zubrot, von Genussmitteln, für ein bißchen Vergnügen, Unterhaltung, geistige Anregung besitzt der Soldat nur wenige Pfennige, wenn ihm nicht seine Angehörigen unter die Arme greifen. Solche Zuschüsse bringt jede Familie auf, die es noch erschwingen kann. Sie machen, trotzdem viele arme Teufel nichts erhalten und einfach den Leibriemen enger schnallen müssen, jährlich eine beträchtliche Summe aus. Die Rechnung des fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Gotheim dürfte der Wirklichkeit ziemlich entsprechen, wonach die Rüstungslast für Deutschland pro Jahr fast 4 Milliarden erreicht. Der Zentrümmer Dr. Heim hat auf Grund zahlreicher Stichproben über die Lasten, die den kinderreichen Bauernfamilien Bayerns durch den Militärdienst ihrer Söhne erwachsen,

festgestellt, daß für manche starke Familie die Dienstzeit der Söhne Verarmung im Gefolge hat. Außer dem Zuschuß für den Soldaten muß ja auch noch ein Ersatz seiner Arbeitskraft für die väterliche Wirtschaft gemietet werden. Für viele Arbeiter aber tritt nach der Beendigung ihrer Dienstzeit eine längere Verminderung ihres Einkommens ein, weil sie in den zwei Jahren notwendigerweise ein gutes Stück ihrer Geschicklichkeit eingebüßt haben, die sie nur allmählich wieder erwerben. Kurz, wenn man die schädlichen Wirkungen der Rüstungslasten abschätzen will, so genügt es nicht, lediglich die Zahlen des Heeres- und Flottenetats, des Pensions- und Staatsschuldenetats zu summieren. Es kommen noch andere große Summen hinzu, die nicht in den Staatsrechnungen erscheinen, die aber die Völker deshalb nicht minder hart bedrücken. Indes ist das, was uns die Betrachtung der Zahlen der Staatsrechnungen lehrt, schon schlimm genug, wie ein weiterer Artikel zeigen soll. H. B.

Zur Lage der deutschen Militärstoffarbeiter.

Der Militarismus feiert Triumphe. Viele Milliarden Mark müssen ihm als Opfer dargebracht werden; neue Hunderttausende Söhne des Volkes diesseits und jenseits der Vogesen, in Rußland, Österreich und Belgien werden zum kulturbedingten, mörderischen Spiele gezwungen. In „vaterländisch-patriotischer“ Begeisterung preisen Kanonen- und Waffenfabrikanten, Pferde- und Offizierlieferanten aus den Reihen der herrschenden Klassen ihren Gott für den mit Sicherheit kommenden metallischen Segen, und unter Wivatgeschrei und Schwertergeklirr tanzen die ausbeutenden Müßiggänger züchtig und unzüchtig um das goldene Kalb.

Das Volk der Arbeit aber seufzt. Zorn und Empörung lodert in seinen Reihen auf. Verwünschungen umfliegen die Heuchelei der Verheißung, daß die geforderten Millionen in Form erhöhter Löhne an die Massen zurückfließen würden, weil die Masseneinsperrung der Volksöhne in die Kasernen den Bedarf der Armeen steigert und das Angebot von Arbeitskräften auf dem Markte mindert. Das Volk der Arbeit weiß: alle Millionen und Milliarden Mark, die der Militarismus Jahr für Jahr verschlingt, verhindern nicht den Hunger jener zahlreichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die in harter Lagesfront schufteten, um die kasernierten Brüder zu kleiden und zu nähren. Den Kapitalisten die Gewinne, den Proletariern das Darben. Zeigen wir das an der Lage der für die deutsche Armee und Marine schaffenden Textilarbeiter.

Die deutsche Textilindustrie liefert das Material für Brotbeutel und Drilshanzüge der Mannschaften, die Säbeltrödeln und Treffen der niederen Chargen, die Epauletten wie die Ordensbänder der Offiziere, die Mäntel, Zelt- und andere Stoffe. „Beschaffung von Tuch sowie Leinen- und Baumwollstoffen“ lautet einer der wichtigsten einschlägigen Titel in der Rechnungsablegung der Militärverwaltung. 13 437 203 Mark Ausgaben wurden hierfür gebucht. 38 555 574 Mark betragen die gesamten sachlichen Ausgaben der Bekleidungsämter, Betriebe in allen Teilen des Reiches, Handwerker und Heimarbeiter erhalten die Aufträge und sorgen für die buntfarbige Bekleidung. Beschränken wir uns heute darauf, die Löhne in den Betrieben zu betrachten, die Wollentstoffe — Mäntel-, Gosen- und Rockstoffe — anfertigen und ausschließlich oder fast ausschließlich für den Militärismus beschäftigt sind.

Die für den Militarismus arbeitenden Unternehmer der Wollentuchbranche befinden sich in einer günstigeren Lage als ihre Berufsgenossen. Die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit des Abnehmers existiert zunächst für sie nicht. Die Damen der Mode können das Geschäft nicht verderben. Die Müller bleiben jahraus jahrein die gleichen. Hohe Ausgaben für Musterung bei Beginn der halbjährlich sich erneuernden Saison in der Wollenbranche sind unbekannt. Ebenso unbekannt ist der zeitraubende Versand der Muster, ihr Vorlegen beim Käufer und das Einholen der Aufträge durch Reisende. Der Militärstofffabrikant arbeitet sonach mit be-

deutend herabgesetzten Unkosten. Trotz alledem sind in der deutschen Tuchindustrie die Lohn- und Arbeitsbedingungen nirgends so elend, wie gerade in den Betrieben, die für die Militärverwaltung arbeiten. Wenige Ausnahmen erschüttern diese Regel nicht.

Vor kurzem stellte der Deutsche Textilarbeiterverband den Lohn von 45 Weberinnen einer Firma in Finsterwalde fünf Wochen lang allwöchentlich fest. Diese Arbeiterinnen erreichten einen Gesamtlohn von 2662 Mk., auf die einzelne Weberin entfielen somit 11,83 Mk. Wochenlohn. Die Firma fabriziert feldgraue Kommitztuche. Noch niedriger sind die Löhne der bei ihr beschäftigten Silbsarbeiterinnen. In Aschersleben werden Militärdecken — Pferde- und Schlafdecken — in Reinwolle und Halbvolle angefertigt. Die Firma beschäftigt 55 Arbeiterinnen und 15 Arbeiter. Je nach Länge und Breite gibt es für die Decke 1,20 Mk. und 1,50 Mk. Die Weberinnen bringen es dort auf einen Durchschnittsverdienst von 10 Mk. die Woche. Die wenigen beschäftigten Familienväter verdienen wöchentlich 16 Mk., 16,50 Mk. und 17 Mk. Der Unternehmer hat im vergangenen Jahre seinen Betrieb um ein Drittel vergrößert. Nur Männer werden in Wittstorf beim Weben von Kommitztuch beschäftigt. Ihr Verdienst beträgt 13 Mark wöchentlich. Ebenso sind die Löhne in Betrieben, die zu Kalbe Decken aller Art, zu Burg, Schwiebus, Prißwalf, Neudamm und in einer Anzahl weiterer Städte in Preußen und außerhalb Preußens Kommitztuch usw. für die Militärverwaltung herstellen.

Die Lohnberechnung für Akkordarbeiter — also vor allem für Weber und Weberinnen — erfolgt in derselben Weise, wie sie vor 200 bis 300 Jahren üblich war. Sie stammt also aus einer Zeit, wo Meister und Gesellen in gleicher Werkstatt arbeiteten und nur sehr schwer Betrügereien möglich waren, wie sie der kapitalistische Betrieb mit sich bringt. Da ist die Berechnung nach Stück, die Berechnung nach Band, beides flüssige Längenmaße, die den Weber oder die Weberin zwingen, viele Meter pro Jahr umsonst zu weben. Dann ist die Berechnung nach Stücken — ein Stückchen ist 1466 Meter Garn —, nach Strähnen, nach Saspeln usw. Warenlängenmaße, Garnlängenmaße, Gewichtsmasse laufen bunt durcheinander. In Burg sind drei Betriebe, die für die Militärverwaltung arbeiten; jeder von ihnen berechnet den Lohn in anderer Weise. Ein Vergleich der Löhne wird infolge der verschiedenartigen Berechnungen dem einfachen Arbeiter außerordentlich erschwert, in den meisten Fällen einfach unmöglich. Die Berechnung der Löhne nach der Anzahl der eingeschlagenen Schussfäden, wobei durch automatische Werkzeuge jeder Schuß verzeichnet und gezählt wird, ist streng verpönt.

Die elende Entlohnung der Arbeiter gestattet in den meisten solcher Betriebe die Beibehaltung einer sehr rückständigen Technik. Während in den großen Tuchstädten, wie Krimmitschau, Kottbus, Nachen usw., die Unternehmer in den letzten 30 Jahren ihre Webstühle mindestens dreimal erneuert haben, finden wir in den Betrieben, die hauptsächlich oder ausschließlich für den Militäriskus arbeiten, noch immer das veraltete technische Rüstzeug wie vor 20 Jahren. Teilweise haben diese die ausrangierten Webstühle der fortgeschrittenen Unternehmungen erworben und fabrizieren mit ihnen weiter.

Daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen weit besser sein könnten, steht fest. In Gusfirchen hat die organisierte Arbeiterschaft mit den Unternehmern, die gleichfalls Militärtuche fabrizieren, seit Jahren schon Tarifverträge abgeschlossen. Der Lohn wird berechnet pro 1000 Schuß; er beträgt je nach Warenqualität 12 bis 15 Pf. Nebenarbeiten werden besonders bezahlt. Da der Weber 160 000 Schuß pro Woche machen kann, beträgt sein Lohn im Durchschnitt etwa 20 Mk. Ähnliche Lohnverhältnisse sind bei der Firma Tannenbaum, Pariser & Co. in Luckenwalde. Der Lohn beträgt hier pro 1000 Schuß 13, 15 und mehr Pfennig je nach Qualität der Ware. Bei langsam laufenden Stühlen wird er entsprechend erhöht. Der erzielte Durchschnittsverdienst pro Woche ist gleich dem in Gusfirchen erreichten. In

Melsungen und einigen anderen Orten steht der Durchschnittsverdienst auf der gleichen Höhe. Allerdings beklagen sich die Fabrikanten in jenen Orten sehr stark über die schmutzige Konkurrenz der Unternehmungen, von denen weiter oben die Rede gewesen ist. Dabei ist zu beachten, daß in Kalbe wie in Burg, Neudamm, Schwiebus, Prißwalf und Wittstorf die Löhne vor wenigen Jahren noch niedriger waren, als wir sie angeführt haben. Erst das Eingreifen der Organisation hat sie in der letzten Zeit auf die jetzige Höhe gebracht. Diese Betätigung der Organisation war den Unternehmern außerordentlich verhaßt. In Aschersleben versprach der Unternehmer durch Anschlag in der Fabrik im Falle von Krankheit und Invalidität besondere Unterstützung für jede Arbeiterin und jeden Arbeiter, die sich verpflichten würden, dem Deutschen Textilarbeiterverband nicht beizutreten und niemals an einem Streik teilzunehmen.

Indessen, so erbärmlich auch die Löhne sind, von denen wir berichteten, so sind doch die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen wahre Krösusse, verglichen mit den Webern, die in Oberschlesien, in Ratscher und Langenau für die Armee tätig sind. Ratscher ist ein armer Ort. In jedem Hause klappert noch der Handwebstuhl. Alt und jung verdient sich an diesem sein Brot. Die Leute weben Handtücher, Bettzeuge und Zeltstoffe fürs Militär. Die Aufträge gehen an eine Webergenossenschaft, von dieser an die Zunft der Hausweber in Ratscher. Deren Notlage ist entsetzlich. Schreiber dieses überzeugte sich selbst davon. Er ging von Haus zu Haus, von Stube zu Stube. Überall grinsten ihm grauenvoll das berüchtigte Weberelend entgegen, viel schlimmer noch, als er es selbst in den Tagen der Kindheit aus den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Sachsen kennen lernte. Neben ärmlichen, aber sauber geschuerten Stübchen Wohnungen ohne alles Mobiliar, mit Lehm Boden, auf dem in eisiger Kälte halbnackte Kinder sich tummeln, mit Füßen und Gesichtern, die von der Kälte gerötet und geschwollen sind. Laut Lohnbuch verdiente ein alter Weber mit Anfertigen von Handtüchern in vier Wochen 10 Mk.; ein junger Mann in zehn Tagen 7,50 Mk. Ein gewandter Weber auf Bettzeuge verdiente in vierzehn Tagen 9 Mk., ein Zeltstoffwebender Proletarier erwarb pro Woche 7 bis 9 Mk. Ein anderer Weber zeigte, daß er in den letzten vier Wochen 4,40 Mk., 7,65 Mk., 6,20 Mk., 5,70 Mk. verdient hatte. Alle Weber haben Hungerlöhne. Die Arbeitszeit ist endlos lang. Weib und Kind müssen mithelfen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in Ratscher wie in den Weberdörfern des Eulengebirges heute noch Menschen am Hunger sterben. Es sterben Menschen am Hunger, die für eine Staatseinrichtung arbeiten, die Hunderte von Millionen pro Jahr verausgabt. Die Ratscher Arbeiter sind nicht etwa „sozialdemokratisch verfeuert“, sondern fromme Christen und stramme Zentrumswähler. Aller Glaube an die Größe des Vaterlandes schützt sie indessen nicht vor Not, Hunger und frühzeitigem Sterben. Die jetzigen ungeheuerlichen Forderungen des Militarismus lenken die Aufmerksamkeit der ausgebeuteten Massen auf die Millionen Profite, die dieser bestimmten Schichten der Ausbeutenden zufließen. Sie zwingen, auf das Gegenstück dazu hinzuweisen: auf die elende Bezahlung der Proletarier, die bei der Anfertigung von Militärstoffen den Kapitalisten reiche Profite schaffen. Wir fordern Kontrolle der Arbeiterentlohnung durch den Staat, der die Aufträge erteilt. Wir ziehen ihn für die Entlohnung im Parlament vor der Öffentlichkeit zur Verantwortung.

S. Jädel, Berlin.

Bezirks-Frauenkonferenzen.*

V.

Am 16. Februar tagte in Düsseldorf eine Frauenkonferenz für den Bezirk Niederrhein. Besucht war sie von:

* Wegen Raummangel leider verspätet.

28 weiblichen und 15 männlichen Delegierten, der Bezirksleitung und einem Redakteur der „Düsseldorfer Volkszeitung“. Zu den beiden Punkten der Tagesordnung: „Agitation und Organisation“ und „Die Frauen und die preussischen Landtagswahlen“ hatten die Genossinnen Gewehr und Agnes das Referat übernommen. Genossin Gewehr, die als Sekretärin der Bezirksleitung angehört, zeichnete in großen Strichen die Agitations- und Schulungsarbeit, wie sie bisher unter den niederrheinischen Proletarierinnen betrieben worden ist. Eingehend legte sie den Fortschritt der Frauenbewegung am Niederrhein dar. Nachdrücklich betonte sie vor allem die Notwendigkeit der Schulungsarbeiten, die einem doppelten Zwecke dienen: zunächst der Verbreitung und Vertiefung sozialistischen Wissens und dann der Heranbildung fähiger Genossinnen zu Funktionärinnen der Partei. Die Unterzeichnete unterstrich das Gesagte und riet dringend, nach Beendigung der Kurse, die von der Genossin Gewehr im ganzen Bezirk mit gutem Erfolg abgehalten wurden, die Schulung der Genossinnen in Lese- oder Diskutierabenden fortzusetzen. Leseabende für die Gesamtheit der weiblichen Mitglieder eines Ortes, Kurse für die fortgeschrittenen Genossinnen und daneben die öffentliche und Hausagitation unter den Indifferenten, das muß unser Programm sein. Eine äußerst lebhaft und interessante Diskussion knüpfte sich an Genossin Gewehrs Referat. Da war Genossin Lindner-Krefeld, die von den guten Fortschritten der Frauenbewegung in ihrem Heimatort sprach und ihrer Freude über die erhaltene Anregung Ausdruck gab. Die Schwierigkeiten, die der öffentlichen Agitation in den kleinen Orten entgegenstehen, die aber nichtsdestoweniger überwunden werden müßten, wurden von Genossin Milow-Neuß beleuchtet. Zugunsten der dauernd einzuführenden Leseabende redete eindringlich Genossin Plum-Essen, die lobend den guten Erfolg der abgehaltenen Kurse anerkannte. Genossin Großbecker-Varmen gab ihrer Freude Ausdruck, daß durch die Arbeit der Sekretärin Mannmächtigkeit in die Agitation unter den Frauen im Bezirk gekommen sei. Viele Kräfte wären geweckt und zur Mitarbeit herangezogen worden. In beredten Worten sprach Genossin Großbecker von der Mitarbeit der Frauen in der Jugendbewegung und drückte die Hoffnung aus, daß die Genossinnen nun auch bald zur Gründung von Kinder- und Jugendkommissionen kommen möchten. Der Wert der Frauenkurse wurde gleichfalls lobend von Genossin Tissen-Holthausen anerkannt, die ihre Fortsetzung wünschte. Die Genossinnen Lewerenz-Krefeld, Wötger-Kemscheid und Otto-Düsseldorf, Fink-Düsseldorf, Tiele-Schwelm und Wauschinger-Oberkassel besprachen die Schwierigkeiten, die bei der Agitation zu überwinden sind, waren aber auch voll Hoffnungsfreudigkeit, daß es in Zukunft besser gelingen werde, der entgegenstehenden Hindernisse Herr zu werden, da man mit mehr Wucht und Planmäßigkeit gegen sie vorgehe. Lebhaft befürwortete Genossin Köhler-Elberfeld die Mitarbeit der Genossinnen bei der Jugendbewegung und bei der Agitation unter den Hausangestellten. Unsere treue, bewährte Genossin Deuper-Essen beklagte, daß nach dem Übertritt der lose Organisierten in die Partei zunächst die Frauenbewegung stagniert habe. Der Zusammenhang zwischen den Genossinnen sei zerrissen worden, doch sei er jetzt wiederhergestellt durch die schulenden Zusammenkünfte der weiblichen Mitglieder. Es sei deshalb dringend notwendig, diese Veranstaltungen fortzusetzen.

In schöner Form und mit beredten Worten besprach die Genossin Leder-Essen die Notwendigkeit einer intensiven Frauenagitation. Ihre Behauptung, zur Leitung von Leseabenden fehle es im Bezirk an weiblichen Kräften, ward am besten durch ihre eigene Rede widerlegt. Diese bewies, daß Genossin Leder selbst sich gewiß sehr gut zur Leitung eignet. Wertvolle Fingerzeige für die Agitation gaben

noch die Genossen Ludwig-Hagen, Haberland-Elberfeld, Lewerenz-Krefeld und Verten-Düsseldorf. Die Unterzeichnete ging noch kurz auf die verschiedenen in der Diskussion gegebenen Anregungen und Wünsche der Genossinnen ein, auf dem Gebiet der Kommunalpolitik, der Jugendbewegung, des Kinderschutzes und der Hausangestelltenbewegung mitzuarbeiten. Sie hob hervor, daß aus dem allen hervorgehe, wie dringend notwendig für das Fortschreiten in jeder Hinsicht die Gewinnung Indifferenten und die Schulung bereits Organisierter sei. Genossin Gewehr faßte die wesentlichen Ergebnisse der Debatten kurz zusammen und versprach namens der Bezirksleitung eine wohlwollende Behandlung aller Anregungen. Jedenfalls würden der Bezirkskonferenz im ganzen Bezirk Kreis Konferenzen folgen.

In einem prächtigen instruktiven Referat behandelte Genossin Agnes-Düsseldorf die bevorstehende „Landtagswahl“ und rief die Genossinnen zur regen Mitarbeit auf. In der Diskussion wurde diese Mitarbeit eingehend besprochen. Die Unterzeichnete teilte mit, daß ein besonderes Flugblatt sich an die Frauen wenden wird und daß demnächst eine Broschüre herauskommt, die sich mit der Landtagswahl beschäftigt und für die Agitation unter den Frauen bestimmt ist. Nach einem kurzen, aber kräftigen Schlußwort der Vorsitzenden, Genossin Gewehr, schloß diese die erfolgreiche Konferenz. An den Tagen nach der Konferenz sprach die Unterzeichnete in Elberfeld, Essen und Krefeld in glänzender besuchten Versammlungen, die uns neue Mitglieder zuführten.

Für den Bezirk Pommern hatte die Leitung am 23. Februar eine Frauenkonferenz nach Stettin einberufen. Außer dem Bezirkssekretär, Genossen Horn, waren auch die übrigen Mitglieder des Bezirksvorstandes anwesend: die Genossen Schmidt, Milenz, Janisch, Ernst, Kunze und Genossin Häfs, dazu die Kontrollkommission, bestehend aus vier Personen, und 11 Kreisvorstände. Weibliche Delegierte waren entsendet worden: aus dem Kreise Stettin 11; Randow-Greifenhagen 16; aus den Orten Neustettin, Anklam, Stralsund, Lorgelow, Greifswald, Barth, Stargard je 1, zusammen 34. Nach dem Referat der Unterzeichneten entwickelte sich eine lebhaft Diskussions, an der sich die Genossen Storch und Horn-Stettin, die Genossen Göbel-Stralsund und Arndt-Lorgelow sowie viele der Genossinnen beteiligten. Der Befriedigung über die Anregungen durch die Konferenz gab Genossin Junge-Randow-Greifenhagen Ausdruck, lebhaft stimmte sie den Ausführungen zu, die zeigten, wie wichtig es sei, daß das Mitgliedererwerb in den Versammlungen gut organisiert werde. Genossin Pfalzgraf-Stettin schilderte die Mitarbeit der Genossinnen in der Bewegung, sie illustrierte an Beispielen, in wie hohem Maße eine überzeugte Genossin bei Streiks, in der Wahlbewegung und bei der Erziehung der Kinder im Sinne unserer Weltanschauung zu wirken vermöge. Die Genossinnen Horn und Kaufeisen-Stettin gaben der Überzeugung Ausdruck, daß die Indifferenten leicht zu gewinnen seien, wenn nur die Agitation in geeigneter Weise betrieben und alles aufgeboten werde, die Gewonnenen zu halten und zu schulen. Genosse Horn trat energisch dem Pessimismus entgegen, der sich durch verschiedene Zwischenrufe geäußert hatte, als von der Anstellung einer Sekretärin die Rede war. Er wies nach, wie groß heute die Fluktuation der Mitglieder sei, der erhebliche entgegengewirkt werden könne, wenn Kräfte vorhanden wären, die sich der Schulung der Gewonnenen und damit der Festigung ihrer Überzeugung in erhöhtem Maße zu widmen vermöchten. All die Hemmnisse, die bei der Gewinnung der Indifferenten zu überwinden seien, besprach eingehend und mit Temperament Genossin Zyliegan-Grabow. Sie warf einen Rückblick auf die Entwicklung der Frauenbewegung des Kreises und beleuchtete die Notwendigkeit, auch die ländlichen Orte mit unserer Arbeit zu erfassen. Genossin Buchell-Stettin zeichnete die Fortschritte der

Frauenbewegung in Stettin und insbesondere die Entwicklung der Lesende. Sie brachte sicher die allgemeine Überzeugung der Genossinnen zum Ausdruck, als sie ausführte, daß zweifellos ein noch kräftigeres Fortschreiten zu erwarten sei, wenn in Pommern gleich wie in Schlesien eine Sekretärin angestellt werde. Dieser Gedanke wurde von Genossin *Zy Liegan* begeistert unterstützt, sie fügte noch hinzu, daß die Sekretärin so bald als nur möglich angestellt werden möchte. Die Unterzeichnete ging zum Schlusse nochmals auf alle Gesichtspunkte ein, die während der Debatte berührt worden waren. Sie erklärte gleichfalls, daß ihrer Meinung nach keineswegs zwanzig Jahre zu verstreichen brauchen — wie ein Zwischenrufer gemeint hatte —, um die Vorbedingungen für die Anstellung einer Sekretärin zu schaffen. Es liege in der Hand jedes einzelnen, alles zur Förderung der Frauenbewegung zu tun, damit diese recht bald die Höhe erreiche, die die Anstellung einer Sekretärin für den Bezirk vollauf rechtfertige. Mit dem Wunsche, daß die Konferenz zum weiteren Aufschwung der Frauenbewegung in Pommern beitragen möge, und mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie fand die äußerst anregende Tagung ihr Ende. Die Genossinnen *Zuchacz* und *Leu* sind zurzeit in dem Bezirk agitatorisch tätig gewesen und werden über die Ergebnisse ihrer Arbeit selbst berichten. Auf allen Konferenzen wurde selbstverständlich auf das nachdrücklichste betont, wie wichtig und unentbehrlich zur Schulung der Genossinnen das Studium der „Gleichheit“ ist, die in den Bezirken, über die wir heute berichten, den Genossinnen obligatorisch geliefert wird. Ferner wurde empfohlen, die Broschüren der Sozialdemokratischen Frauenbibliothek den Genossinnen billiger zugänglich zu machen, indem der Bezirk sie in mindestens tausend Exemplaren bezieht. *Z. Zieg.*

Kommunale Mitarbeit der Frau in Bayern.

In Bayern hat endlich die Frau Zutritt zum Rathhaus erhalten, um an den kommunalen Aufgaben mitzuarbeiten. Die Forderung der Sozialdemokratie: Mitwirkung der Frau bei allen Gemeindeangelegenheiten, ist somit zum Teil anerkannt und erfüllt worden. Die Frauen in Bayern und namentlich die Anhängerinnen der Sozialdemokratie gaben in ihrer Forderung nicht nach. Sie bombardierten den bayerischen Landtag mit Petitionen, in den Rathhäusern wurde das Verlangen unermüdlich von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern erhoben. Auf die Dauer konnte der Erfolg nicht ausbleiben.

Das erste Gebiet kommunaler Tätigkeit, das den Frauen in Bayern geöffnet wurde, war das der Armenpflege. Die ministerielle Entscheidung dazu vom 7. August 1900 begründet die Neuerung unter anderem wie folgt: „Die günstigen Erfahrungen, die insbesondere in außerbayerischen Gemeinden mit der Mitwirkung von Frauen bei der öffentlichen Armenpflege gemacht worden sind, lassen es wünschenswert erscheinen, daß auch die Gemeindebehörden und Armenpflugeschäftsräte in Bayern dieser Mitwirkung in weitergehendem Maße sich bedienen. Eine gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit soll später bei einer eingeleiteten weitergehenden Änderung der Armenpflege durchgeföhrt werden.“ In dessen — so betonte der Erlass ausdrücklich — auch schon nach dem geltenden Rechte sind die Gemeinden und Armenpfleger nicht gehindert, Frauen zur geordneten Mitwirkung bei der öffentlichen Armenpflege heranzuziehen. Insbesondere besteht die Möglichkeit, je nach den örtlichen Verhältnissen für die ganze Gemeinde oder einzelne Gemeindebezirke Hilfsarmenpflegerinnen mit einem näher zu bestimmenden Wirkungsbereich usw. mit beratender Stimme beizuziehen. Das Ministerium erklärte ferner: „Eine Mitarbeit der Frauen wird insbesondere da veranlaßt und erfolgreich sein, wo es sich um Unterstützung oder Verpflegung bedürftiger weiblicher Personen oder von Kindern handelt — überhaupt in allen Fällen, in denen der Natur der Sache nach eine Frau

ein größeres Verständnis mitbringt und daher auch mehr Vertrauen und Erfolge zu erwarten hat als ein Mann.“ Den Gemeinden und Armenpflugeschäftsräten ward daher nahegelegt, unter Würdigung der örtlichen Verhältnisse die Mitarbeit der Frauen bei der Armenpflege in Erwägung zu ziehen. Sofern von dieser Verfügung in einer Gemeinde Gebrauch gemacht wird, ist von der Distriktsverwaltungsbehörde hierüber an das Staatsministerium des Innern zu berichten, ebenso auch über die im Laufe der Zeit gemachten Erfahrungen.

Die längst für ihr Wirken gerüsteten Frauen nahmen nun bald ihre Tätigkeit als Helferinnen bei der Armenpflege auf. Sie wurden feierlich in ihr Amt eingeföhrt. Der Bürgermeister oder sein Stellvertreter verpflichtete im Rathhausaal durch Handschlag die Frauen, ihr neues Amt gewissenhaft und zum Wohle der Gemeinde auszuüben. Die Zahl der Frauen, die in der Armenpflege mitarbeiten, beträgt zurzeit mehrere hundert, darunter viele Vertreterinnen der Sozialdemokratie. In den Städten München und Nürnberg allein sind je über 60 Frauen als Helferinnen in der Armenpflege tätig. Auch zu den Verwaltungsarbeiten der Armenräte wurden die Frauen herangezogen. Sie sitzen als Mitglieder in den Ausschüssen für Armenanstalten, für Beschaffung von Kleidung und Heizmaterial, für Beschaffung von Nahrungsmitteln usw. Der letzte veröffentlichte Verwaltungsbericht der Stadt Nürnberg meldet unter dem Kapitel Armenpflege von einer neuen Einrichtung, die die Mitwirkung der Frauen beleuchtet.

Es handelt sich um die Kinderfürsorge in einem Armenhaus. Die Notwendigkeit einer derartigen Kinderfürsorge war von einer Genossin empfohlen worden, die Mitglied des Verwaltungsausschusses für Armenanstalten ist. Der Verwaltungsbericht sagt über die Einrichtung: „Es hat sich gezeigt, daß die Kinder der in Armenhäusern untergebrachten Familien nicht ordentlich erzogen und insbesondere sehr mangelhaft beaufsichtigt werden. Um diesen Abständen entgegenzutreten und eine Verwahrlosung der Kinder zu verhüten, wurde in einem entsprechenden Raume des bezeichneten Armenhauses die Kinderfürsorge errichtet und zur Überwachung und Belehrung der Kinder eine Kindergärtnerin aufgestellt. Die Familien mit Kindern werden nur noch in diesem Armenhaus untergebracht. Nach den bisherigen Beobachtungen hat sich diese Einrichtung sehr gut bewährt.“ ... Und die Kindergärtnerin berichtet: „Die Kinder waren früher sich selbst überlassen, sie drückten sich in Gängen des Armenhauses (einer früheren Fronstube) oder auf der Straße herum und mußten so einer gewissen Verwahrlosung entgegengehen. Nimmehr werden die Kinder von zwei bis zwölf Jahren, deren Mütter tagsüber außer dem Hause beschäftigt sind, unter Aufsicht gestellt. Die Kleinen werden vormittags zum Spielen und zu rein praktischen Sachen, wie Staubwischen im Spielzimmer usw., angehalten, um das Reinlichkeitsempfinden zu pflegen. Nachmittags nach der Vesperpause werden Schulaufgaben gemacht und dann gespielt oder vorgelesen oder gearbeitet. Der Gesundheitsstand der Kinder war schon innerhalb drei Monaten verhältnismäßig durchaus befriedigend. Die Zuneigung einer gewissen Ordnung und Regelmäßigkeit, sowie der möglichst häufige Aufenthalt in frischer Luft haben sehr vorteilhaft auf das Aussehen der Kinder gewirkt.“

Aber nicht nur in der Armenpflege, sondern auch in der Waisenpflege und Säuglingsfürsorge sind Frauen zur Mitarbeit herangezogen worden. Es geschah dies auf Grund einer Aufforderung des Magistrats in einzelnen Städten. In der Säuglingsfürsorge wurden dank der Mitarbeit von Frauen wesentliche Neuerungen eingeföhrt: Neben unentgeltlicher ärztlicher Behandlung von Kindern kostenlose Verabfolgung von Säuglingsmilch, auch Schwangerenunterstützung. In Nürnberg wurde die Vertreterin der Sozialdemokratie, als Verwaltungsmitglied des Ausschusses für Säuglingsfürsorge, beauftragt, Frauenversammlungen einzuberufen, in denen Ärzte und eine Ärztin über das Thema „Mutter und Kind“ sprachen. Die Kosten trug die Stadt.

Noch ein weiteres Tätigkeitsfeld wurde den Frauen eingeräumt: die Mitarbeit bei dem Jugendgericht und der Jugendfürsorge. Frauen wirken hier mit den Lehrern und Richtern zusammen, um die Jugendlichen, die durch traurige soziale Verhältnisse gefährdet sind, dem Verbrechen zu entreißen, um den Knaben und Mädchen helfend und führend zur Seite zu stehen. Auch bei dem Jugendgericht in Nürnberg wurde die Vertreterin der Sozialdemokratie als Fürsorgerin der Jugendlichen zugelassen, um für Erlass von Gefängnisstrafen zu plädieren. Ihr Bemühen hatte Erfolg.

Lassen sich Stadt und Kommune so die Mitarbeit der Frauen gefallen, und müssen sie selbst feststellen, daß diese befähigt sind, alle ihnen überwiesenen Aufgaben zum Wohle des Volkes zu erfüllen, so sollten die Herrschenden den Mut der Logik und Konsequenz haben. Die Frauen müßten zu Vorkämpferinnen in der Gemeinde und im Staate werden. Nicht gnädigst gestattete und geduldet Mitarbeit der Frau im kommunalen, im öffentlichen Leben, sondern gleiche Pflicht und gleiches Recht dazu für sie. Für die Frauen das Wahlrecht!

Helene Grünberg.

Teure Zeiten.

Die Arbeiterfrau, die mit dem kargen Wochenlohn haushalten und die Bedürfnisse der ganzen Familie befriedigen soll, empfindet schwerer als jeder andere die Not der Zeit. Sind doch die Preise der Lebensmittel in einer Weise gestiegen, die man noch vor ein paar Jahren für schlechterdings undenkbar gehalten hätte. Freilich mußte eine gewaltige Steigerung der Preise aller Bedarfsartikel eintreten, als die Erhöhung der Zölle erfolgte, als die famose Handelspolitik ihre Wirkung entfaltete, die die Reichsregierung seit dem Jahre 1902 unter der glorreichen Führung des Grafen Posadowsky begonnen hat. Das haben wir Sozialdemokraten schon damals mit aller Deutlichkeit vorausgesagt. Es entbehrt nicht des Interesses, heute unsere Handbücher und die Reden unserer Wortführer aus den Jahren 1902 und 1903 nachzulesen. Dort findet man die Prophezeiung der furchtbaren Teuerung, die jetzt eingetreten ist. Wie kann es denn auch anders sein! Erinnern wir nur kurz daran, daß die Handelsverträge, die auf Grund des Zolltarifs von 1902 abgeschlossen wurden und am 1. März 1906 in Kraft traten, zum Beispiel für die wichtigsten Nahrungsmittel folgende Zollerhöhungen brachten:

| Für Roggen . . . | von 3.50 auf 5.— | Mk. pro 100 Kilogramm |
|--------------------------|------------------|-----------------------|
| • Weizen . . . | 3.50 | 5.50 |
| • Hafer . . . | 2.80 | 5.— |
| • Braugerste . . . | 2.— | 4.— |
| • Mais . . . | 1.60 | 3.— |
| • frisches Fleisch . . . | 17.— | 27.— |
| • Speck . . . | 20.— | 27.— |
| • Butter . . . | 16.— | 20.— |

Und das sind noch nicht einmal die schlimmsten Verteuerungen. Für lebende Bullen stieg der Zoll von 9 Mk. auf zirka 56 Mk. usw. Doch was besagen ein paar herausgegriffene Beispiele! Insgesamt enthielt der damalige Zolltarif ja nicht weniger als 946 Positionen, die alle den Zweck verfolgten, den inländischen Junkern, Industrie- und Handelskapitalisten die Verteuerung ihrer Produkte zu ermöglichen. Daß die ihr Schäfchen geschoren und alles, aber auch alles, was der Mensch zum Leben braucht, unheimlich verteuert haben, das ist unter solchen Umständen wahrlich kein Wunder. Und doch! Die bürgerliche Nationalökonomie steht dem Anschein nach immer noch vor einem Rätsel. Ihre hochgelehrten Professoren sitzen und schwitzen und suchen, sie haben schon ganze Bibliotheken über die Frage zusammengeschrieben und finden doch die Ursachen der Teuerung nicht. Können nicht entdecken oder wollen nicht entdecken, was doch klar auf der Hand liegt und was die sozialdemokratischen Politiker ohne besondere Gelehrsamkeit schon vor zehn Jahren gewußt haben! Weht es nicht manchmal närrisch zu auf der Welt!

Für uns ist es von Wichtigkeit, einmal zu sehen, in welchem Maße denn die Folgen dieser Wirtschaftspolitik des Klassen-

staats eingetreten sind und wie sie auf den Haushalt des Arbeiters wirken. Dabei ist zu beachten, daß — wie bereits erwähnt — keineswegs etwa nur die Nahrungsmittel verteuert sind, vielmehr sind mit verschwindenden Ausnahmen alle Waren erheblich im Preise gestiegen. Hier ein paar Beispiele, sämtlich aus amtlichen Statistiken geschöpft.

Es kosteten im Großhandel pro 100 Kilogramm Schlachtgewicht:

| | Schaf | | | Schweine | | |
|----------|--------|---------|----------|----------|---------|----------|
| | Berlin | Dresden | Mannheim | Berlin | Dresden | Mannheim |
| 1905 . . | 145,5 | 143,7 | 150,9 | 127,3 | 133,7 | 134,6 |
| 1910 . . | 159,3 | 157,8 | 173,7 | 134,5 | 139,8 | 143,7 |
| 1912 . . | 175,2 | 191,6 | 195,7 | 141,7 | 147,1 | 147,3 |

Im Kleinhandel kosteten

| | Roggenbrot pro Kilogramm | | | Kartoffeln pro 100 Kilo. | | |
|----------|--------------------------|---------|---------|--------------------------|---------|---------|
| | Berlin | Breslau | Dresden | Berlin | Breslau | Dresden |
| 1905 . . | 24,21 | 22,13 | 24,5 | 5,29 | 3,21 | 4,70 |
| 1910 . . | 27,86 | 23,46 | 26,9 | 7,21 | 6,40 | 8,54 |

| | Rindfleisch pro Kilogramm | | | Schweinefleisch pro Kilo. | | |
|----------|---------------------------|---------|---------|---------------------------|---------|---------|
| | Berlin | Breslau | Dresden | Berlin | Breslau | Dresden |
| 1905 . . | 1,30 | 1,48 | 1,31 | 1,44 | — | 1,40 |
| 1910 . . | 1,45 | 1,44 | 1,52 | 1,57 | — | 1,59 |

Um nicht durch zu viele Zahlen zu langweilen, wollen wir von anderen Waren nur noch Kohlen und Petroleum erwähnen. Gegen den Durchschnittspreis der neunziger Jahre waren

| |
|--|
| Petroleum 1906 um 5 Prozent, 1911 um 8 Prozent teurer, |
| Steinkohlen 1906 * 26 1911 * 43 |

Die Gegner der Sozialdemokratie, die Mugnierer unserer Zollpolitik, behaupten gerne, die Teuerung könne schon deshalb keine Folge der Zölle sein, weil sie auch in Ländern eingetreten ist, die gar keine Zölle haben. An dieser Behauptung ist richtig, daß die Verteuerung des Lebensbedarfes eine internationale Erscheinung ist, die als Folge der kapitalistischen Entwicklung auftritt. Aber falsch ist trotzdem, deswegen die deutsche Wirtschaftspolitik von der Schuld an der Teuerung freizusprechen, unter der die arbeitenden Massen leiden und seufzen. Die Wahrheit ist vielmehr, daß unsere Wirtschaftspolitik den Agrariern und Kapitalisten zuliebe die allgemeine internationale Verteuerung des Lebensbedarfes noch ganz erheblich verschärft hat. In England sind zum Beispiel die Preise zwar auch gestiegen, aber doch lange nicht in dem Maße wie in Deutschland. Nehmen wir zunächst die Preissummen sämtlicher Waren,* so war sie, verglichen mit dem Durchschnitt der neunziger Jahre, teurer

| | in Deutschland | in England |
|-------------------|----------------|------------|
| 1901/05 | um 8,3 Prozent | 1 Prozent |
| 1906/10 | 21,6 | 8,6 |

In Deutschland sind also die Preise drei- bis achtmal so stark gestiegen wie in dem Lande ohne Zölle! Dasselbe Bild zeigt sich, wenn wir die Preise einzelner Waren vergleichen. Die Nahrungsmittel sind in der gleichen Zeit

| | in Deutschland | in England |
|-----------------------------------|----------------|-------------------------|
| 1901/05 gestiegen um 9,5 Prozent, | | gesunken um 3,7 Prozent |
| 1906/10 * 23,9 * | | gestiegen * 2,9 |

die Rohstoffe

| | | |
|------------------------------------|--|---------------------------|
| 1901/05 gestiegen um 13,2 Prozent, | | gestiegen um 13,8 Prozent |
| 1906/10 * 26,3 * | | 22,8 |

Gerade diese Tabelle ist besonders interessant, denn sie zeigt, daß die Rohstoffe in England ungefähr in demselben Maße sich verteuert haben wie in Deutschland. Diese Preissteigerung kann also nicht durch die Zölle verschuldet sein, sondern muß andere Ursachen haben, auf die wir bereits hinwiesen. Kurz, England hat ebenso mit verteuerten Rohstoffen arbeiten müssen wie Deutschland. Wenn gleichwohl die schließlich eingetretene Gesamtteuerung in Deutschland so unvergleichlich viel schlimmer ist als in England, so kann

* Das heißt sämtlicher statistisch festgestellter Waren, festgestellt vermittels der sogenannten „Indexziffern“, die zu erläutern hier zu weit führen würde. Genug, daß wir nur amtliche Ziffern hier anführen.

sie nur bei der Weiterverarbeitung der Rohstoffe entstanden sein, das heißt sie muß als eine Folge derjenigen Wirtschaftszustände auftreten, die im Innern des Landes durch unsere „bewährte“ Wirtschaftspolitik geschaffen worden sind.

Werfen wir zuletzt noch einen Blick auf die Folgen, die diese Teuerung über den Haushalt der Arbeiter heraufbeschwört. Die Quantität Nahrungsmittel, die eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern eigentlich verzehren müßte, um sich richtig satt zu essen, ist mindestens der dreifachen Portion eines deutschen Marinesoldaten gleich. Diese Nahrungsmittel kosteten nach Feststellungen von Richard Calwer:

| | |
|--------------------------------------|--------------------|
| Im Januar 1911 | 23,50 M. pro Woche |
| • Dezember 1911 | 24,60 „ „ „ |
| • Juni 1912 | 25,85 „ „ „ |
| • Dezember 1912 | 26,06 „ „ „ |
| | |
| Im Jahresdurchschnitt 1911 | 24,18 „ „ „ |
| • „ „ „ 1912 | 25,80 „ „ „ |

Es ist natürlich nicht daran zu denken, daß die meisten Arbeiterfamilien so viel für die Ernährung allein aufzuwenden vermöchten. Oft genug beträgt der ganze Wochenlohn des Mannes nicht so viel, wie hier bloß für die Nahrungsmittel berechnet worden ist. Eine ausreichende Ernährung gibt es für breite Massen des werktätigen Volkes in Deutschland nicht — dank unserer geldsacksfrommen Rolkpolitik. Aber ist es zu verstehen, wenn angeichts solcher Tatsachen die letzte Arbeiterfrau ihren Mann und ihre Kinder nicht geradezu hineinragt in die Reihen der Sozialdemokratie und auch selbst zu ihr kommt, um die Kämpferschar derer zu verstärken, die solche gemeingefährlichen Zustände ändern wollen? J. B.

Das Ergebnis der Tarifbewegung in der Holzindustrie.

Die endgültige Erledigung der Frühjahrstarifbewegung in der deutschen Holzindustrie hat sich diesmal ungewöhnlich lange hingezogen. Selbst jetzt noch finden hier und dort vereinzelte Geplänkel um die Durchführung der neuen Vertragsbestimmungen statt. Beim Ablauf der alten Verträge, Mitte Februar, vereinbarten Arbeitgeber und Arbeitnehmer Waffenstillstand bis zum 1. März. Am 8. kam es dann durch den Schiedspruch des Freiherrn v. Berlepsch in den strittigen Fragen der Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung zum Einvernehmen. Damit war aber die Bewegung noch lange nicht beendet, nun galt es, die neuen Verträge erst unter Dach und Fach zu bringen. Ihre Unterzeichnung stieß auch an den einzelnen Orten auf recht erhebliche Schwierigkeiten.

Jetzt sind auch diese beinahe überall überwunden, und es läßt sich endlich der Schlusstrich unter die Bilanz der umfangreichen Lohnbewegung ziehen. Und ihr Ergebnis ist gut für die Arbeiter, gut, weil es fast alles das aufweist, was diese forderten: Arbeitszeitverkürzung auf der ganzen Linie. Diese Verkürzung, die die wöchentliche Frontdauer bis auf 50 Stunden herabsetzt, beträgt in Orten mit langen Arbeitszeiten zwei, drei Stunden für die Woche, in den vorgeschritteneren Orten weniger; dazu überall Lohnerhöhung. Als selbstverständlich gilt heute, daß der Lohn für die ausfallenden Arbeitsstunden vom Arbeitgeber gedeckt werden und daß davon abgesehen der Wochenverdienst steigen muß. So machen denn die Lohnerhöhungen 5 und 6 Pf. für die Stunde, nur ausnahmsweise bloß 4 Pf. aus.

Um aber den Wert der Errungenschaften der Arbeiter richtig zu würdigen, ist es nötig, sich die Stellungnahme der Unternehmer zu den Forderungen vor dem Schiedspruch zu vergegenwärtigen. Das Ultimatum, das die Arbeitgeber am 16. Januar 1913 als äußerstes Entgegenkommen den Vertretern der Arbeiter präsentierten, besagte, daß in Orten mit 54stündiger oder kürzerer Arbeitszeit eine weitere Verkürzung auf keinen Fall erfolgen könne. Die Verträge müßten unter allen Umständen auf drei Jahre gelten — damit nämlich ihr Ablauf immer schon mit dem Ablauf der Verträge in Baugewerbe zusammenfielen —, und dann sollten die Arbeiter gnädigst außer dem Ausgleich für die etwaige Arbeitszeitverkürzung 3 Pf. Lohnerhöhung erhalten. Die nunmehr unterzeichneten Verträge lauten aber auf vier Jahre, und heute schon ist bestimmt, daß bei ihrem Ablauf im Jahre 1917 wiederum vierstündige Verkürzungen eintreten sind. Das ist ein Beweis für den Erfolg der Bewegung, die sich gegenwärtig

worden, daß die kleinen Vertragsgruppen, die in den Jahren 1914 und 1916 zur Erneuerung kommen sollten, mit der Vertragsgruppe von 1915 zusammengelegt werden. Zu dem Zweck wird die 1914 ablaufende Gruppe zu diesem Zeitpunkt nicht gekündigt. Doch erhalten alle an ihr beteiligten Arbeiter eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde. Infolge der Neuregelung vermindern sich die bisherigen vier Tarifgruppen auf zwei, deren Ablauf zwei Jahre auseinanderliegt. Die dazwischenliegenden Jahre werden für die Auseinandersetzungen mit den übrigen Arbeitgeberorganisationen frei. Die neuzubildende Gruppe bleibt aber immer noch kleiner als die, um deren Tarif es jetzt ging. Das von den Arbeitgebern erstrebte Ideal des Reichstarifs in der Holzindustrie ist noch in weiter Ferne.

An Lohnerhöhungen hatten die Unternehmer 3 Pf. pro Stunde angeboten. Statt dessen bringen die neuen Verträge für 10 von den in Betracht kommenden 48 Lohngebieten — zu denen zum Teil noch mehrere Nachbarorte gehören — je 4 Pf., für 32 je 5 Pf. und für 2 je 6 Pf. mehr Stundenlohn. Nur in 4 Lohngebieten mit kürzerer als vierjähriger Vertragsdauer beträgt die Lohnerhöhung bloß 2 bis 4 Pf., weil dort die neuen Verträge in ein oder zwei Jahren mit schon bestehenden zusammenfallen und dann an deren etwaigen Verbesserungen teilhaben werden. So schließt sich zum Beispiel im Jahre 1915 Harburg dem Hamburger Tarifvertrag an und in Posen tritt an Stelle des jetzt geltenden Vertrags der Möbelsticker der dortigen Bautischler. Insgesamt erhalten an Lohnerhöhung im Laufe der vierjährigen Vertragsdauer:

| | |
|---|-------|
| 23 125 Arbeiter pro Arbeitsstunde | 4 Pf. |
| 24 000 „ „ „ „ | 5 „ |
| 925 „ „ „ „ | 6 „ |

Außerdem werden rund 550 Arbeiter in einer ein- oder zweijährigen Vertragsdauer je 2 bis 4 Pf. Lohnerhöhung erhalten.

Das wichtigste aber, was die Arbeitgeber preisgeben mußten, das ist ihr als unumstößlich hinausposaunter Grundsatz, es dürfe unter 54 Wochenstunden hinunter keine Arbeitszeitverkürzung mehr geben. Von den 48 Gebieten der diesmaligen Vertragsgruppe hatten bereits 26 eine Arbeitszeit von 54 oder weniger Wochenstunden, darunter sogar 6 Orte eine solche von 52 bzw. 51 Stunden. Und dennoch mußten die Unternehmer für alle beteiligten Orte mit nur drei Ausnahmen eine Arbeitszeitverkürzung zugestehen. Von den drei ausgenommenen Orten aber hat Verna u mit 52 Wochenstunden heute bereits eine verhältnismäßig kurze Arbeitszeit, während für Pilschheim die Herabsetzung von 55 auf 54 Stunden für die nächste Vertragsperiode schon jetzt bestimmt ist und über die Bedingungen in Zeitz im übernächsten Jahre wieder verhandelt werden wird. Nach Ablauf der jetzigen Vertragsdauer werden eine wöchentliche Arbeitszeit erreicht haben von

| | |
|--------------------------------------|--------------------|
| 50 Stunden Groß-Berlin mit | 21 850 Beteiligten |
| 51 „ 5 Orte mit | 10 700 „ |
| 52 „ 5 „ „ | 6 875 „ |
| 53 „ 15 „ „ | 5 600 „ |
| 54 „ 6 „ „ | 1 600 „ |
| 55 „ 10 „ „ | 1 600 „ |
| 56 „ 3 „ „ | 275 „ |

Von all diesen Vertragsorten wird es 1917 nur noch 13 geben, wo im Tischler- und Drechslergewerbe eine Arbeitszeit von mehr als 54 Stunden in der Woche besteht. In diesen 13 Orten werden rund 1600 Arbeiter beschäftigt. Aber heute schon ist dafür Sorge getragen, daß auch in diesen Orten Verträge gelegt wird. Die Abmachungen sichern bereits jetzt der Arbeiterschaft von 18 Orten weitere Arbeitszeitverkürzungen für die nächste Vertragsperiode zu, also für die Jahre 1917 bis 1921. In diesem Zeitraum wird in 8 von den obengenannten 13 Orten die Arbeitszeit für 1600 Beteiligte auf 54 Wochenstunden verkürzt. So wirken 17 deutschen Holzarbeiter für die Erfüllung des Waiseergedankens, des Achtstundentags. Von der jetzigen Tarifgruppe allein ist schon 82 500 Personen nunmehr die 8/11stündige tägliche Arbeitszeit vertraglich zugesichert. Die diesjährige Tarifbewegung bringt 35 Orten mit 47 000 Arbeitern eine Arbeitszeitverkürzung von 1 Stunde pro Woche, 9 Orten mit 1300 Arbeitern eine solche von 2 Stunden pro Woche. Außerdem ist bereits vorgesehen, daß bei der nächsten Tarifperiode die Arbeitszeit weiter verkürzt wird: in 1 Ort mit 175 Arbeitern um eine Stunde, in 11 Orten mit 4055 Arbeitern um eine zweite Stunde, in 4 Orten mit 705 Arbeitern um eine dritte Stunde. Die Arbeitszeit wird also dann für insgesamt 4 935 Personen noch eine Stunde weniger betragen, als jetzt festgelegt wurde.

Stellen wir uns nun die sonstigen sonstigen materiellen Verbesserungen vor, die durch diese Bewegung noch erreicht werden und wertvolle Vorteile

rungen gebracht. So werden die Lohnerhöhungen auch den Hilfsarbeitern voll zugute kommen, ja es sind Mindest- oder Durchschnittslöhne für einzelne Orte festgesetzt, die solche bisher nicht hatten. Ferner haben die Arbeiter auch in der Frage des paritätischen Arbeitsnachweises einen Erfolg erzielt. So während dieser von den Unternehmern bekämpft wurde, haben die Herren ihn doch grundsätzlich anerkennen müssen. Die Bestimmungen über die Schlichtungskommissionen haben eine Verbesserung dadurch erfahren, daß für die Entscheidungen der höchsten Instanz, der Zentralvorstände, eine längste Frist von zwei Wochen gesetzt ist. Bisher beliebte es dem Arbeitgeberverband häufig, die Entscheidungen, die ihm unangenehm waren, einfach zu verschleppen.

Die Arbeiterinnen der Holzindustrie haben an all diesen Errungenschaften teil. Sie dürfen sich wie ihre Arbeitsbrüder rühmen, durch ihren Zusammenschluß den günstigen Ausgang der großen Tarifierneuerung ermöglicht zu haben, an der rund 50 000 Proletarier beteiligt sind. Und dieser Erfolg wurde unter widrigen äußeren Umständen errungen, wie sie die ungünstige Konjunktur des Holzgewerbes und die gleichzeitige Bewegung der Bauarbeiter und Maler darstellten.

Den deutschen Holzarbeitern wird ihr Erfolg durch die scharfmacherische „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ bestätigt, die schon bei Fällung des Schiedspruches betrübten Sinnes schrieb: „Vergleicht man die Forderungen der Arbeiter mit dem, was der Schiedspruch ihnen zubilligt, so erkennt man auf den ersten Blick, daß Herr v. Berlepsch alles zubilligte, was gewünscht wurde, ja noch mehr als das. Denn für die Neuerrichtung von obligatorischen paritätischen Arbeitsnachweisen, die für das Unternehmertum einen geradezu unerhörten Zwang und die für dasselbe den sicheren Ruin bedeuten, ist durch den Schiedspruch Tür und Tor geöffnet.“

Das blöde Geschwätz vom Ruin der Unternehmer ist zu abgedroschen, als daß man es ernst nehmen könnte. Man hört es alle Tage, und trotzdem wird das Unternehmertum immer reicher. In Wirklichkeit hat die Besserung und die einheitliche Regelung der Arbeitsverhältnisse nicht den Ruin, sondern eine Gesundung des Gewerbes und verbesserte Arbeitsleistung zur Folge. Freilich haben sich die Unternehmer nicht aus dieser Einsicht dem „verderblichen“ Schiedspruch unterworfen, sondern weil sie die Macht der Arbeiterorganisation fürchteten. fk.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Die Parteileitung des 14. sächsischen Reichstagswahlkreises hatte eine Agitation veranstaltet, die sich auf diese Ortshafte erstreckte: Greifschütz, Lobstädt, Borna, Pegau, Regis, Froburg, Vollenburg, Geithain, Nollitz, Colditz, Lungenau, Lausitz und Brandis. Genossin Demning-Berlin sprach über: „Die wirtschaftliche Stellung der Frau einst und jetzt!“ Für diese Versammlungen war — von einigen Orten abgesehen — ein sehr guter Besuch zu verzeichnen. Besonders zahlreich nahmen die Frauen an ihnen teil, an die sich ja auch diese Agitation im besonderen wendete. Es war eine Freude, zu beobachten, wie diese in der Landwirtschaft und Industrie ausgebeuteten Proletarierinnen in gespanntester Aufmerksamkeit den Worten der Genossin Demning folgten; die meisten von ihnen hatten noch nie eine Frau öffentlich sprechen hören. Es ist ein Verdienst der Referentin, durch überzeugende Klarheit und mit herzlichen Worten das Interesse der Versammelten geweckt zu haben. Ihre Schilderung des Elends der großen Masse, wie es der profitgierige, gewissenlose und brutale Kapitalismus schafft, die Ausführungen über die Folgen der ausgebeuteten Frauenarbeit: Raub an Gesundheit, Bildung, Familierglück, die Feststellung, daß die Mehrheit des Reichstags nicht einmal für wirksamen Mutter- und Säuglingschutz zu haben war: all das machte einen tiefen Eindruck auf die Zuhörerinnen. Manch eine, die fleißig gestrichelt hatte, ließ die Nadeln in den Schoß sinken, sorgenvolle Mutteraugen wurden feucht und dankbare Blicke flogen der Rednerin für ihre Aufklärung zu. Häufige lebhafte Zwischenrufe waren das Echo, das die markigen Worte der Genossin Demning fanden. Der Vortrag schloß mit einer warmherzigen Mahnung an die Zuhörererschaft, das geweckte Interesse nicht wieder einschlummern zu lassen, die Begeisterung in die Tat umzusetzen, in unsere Reihen einzutreten und mitzukämpfen unter dem Banner des Sozialismus für eine freie sonnige Zukunft. Wie der stürmische Beifall, so bekundete der zahlreiche Beitritt zur Partei den Erfolg. Im ganzen wurden der Sozialdemokratie 270 weibliche Mitglieder gewonnen, die nun Leserinnen der „Gleichheit“ sind, da diese von der Parteiorganisation

verabfolgt wird. An den Genossen und Genossinnen der einzelnen Orte ist es nun, die freudige Kampfesstimmung zu erhalten und zu pflegen. Die Organisation des Kreises muß noch besser ausgebaut werden und geeignete Veranstaltungen müssen für die Schulung der Mitglieder sorgen. Was die Agitation gefät hat, das soll gute Früchte tragen. K. Schubert, Großsch.

Der Wellenlauf läßt sich weder durch Talare und Kutten noch durch Junkerpeitschen und Fiedelhauben aufhalten. Überall, wo der Kapitalismus festen Fuß faßt und breite Massen des Volkes ausbeutet, da dringt auch die Sozialdemokratie vorwärts. Im Lande des preussischen Adlers wie im Lande des bayerischen Löwen und auch im Lande mit dem Ochsenkopf im Wappen, in Mecklenburg. Ganz besonders in den Städten dieses rittergutsgesegneten Großherzogtums fehlt es nicht an den bösen „Sozi“, die ausdauernd und geschickt die Lehre vom „Umsturz“ auch in die Dörfer tragen, wo die Herren Agrarier so gern das Mittelalter für ewige Zeiten festhalten möchten. Genosse Liebknecht hat mit Recht den Junkern im preussischen Landtag das alte Sprüchlein zugerufen: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Och noch Esel auf.“ Die Unterzeichnete hatte Gelegenheit, sich bei einer Agitationstour durch die beiden Mecklenburg davon zu überzeugen. Versammlungen fanden statt in Hagenow, Lübbchen, Doitzburg, Rehna, Gadebusch, Schönberg, Solmsdorf, Goldberg, Lübz, Parchim, Kriewitz, Grabow, Dömnitz, Großlaasch, Neustadt, Teterow, Malchin, Neufalen, Friedland, Steinhagen, Stargard und Alt-Strelitz. Die Tagesordnung lautete: „Die Rechtslosigkeit der arbeitenden Klasse.“ Die Versammlungen waren fast durchweg gut besucht, und zwar hauptsächlich von Frauen, die aufmerksam und nachdenklich dem Vortrag folgten. In Schönberg wurde die Versammlung mit der Internationale eingeleitet, die der Arbeitergesangverein „Hoffnung“ vortrug. Die Schilderungen von der Rechtslosigkeit der Beschloßenen und Ausgebeuteten haben dort manches Mutterherz bewegt, das sich gelobte, unermüdet für die sozialistischen Ideen zu wirken. In Solmsdorf war der Saal überfüllt, obwohl der dortige Pfarrer mit allen Mitteln versuchte, die Sozialdemokratie zu „vernichten“. Zu den Werkzeugen der Vernichtung gehört auch ein Posaunenchor, dem aber nur etliche Kleinmeister angehören und der bis jetzt auf die rote Note noch nicht die Wirkung des berühmten Posaunenblasens von Jericho ausgeübt hat. Auch einen Jünglingsverein hat der Herr Pastor gegründet, der die Arbeiterjugend vor der Sozialdemokratie bewahren soll. Doch ist aller Liebe Mühe vergebens geblieben. Die Sozialdemokratie gewinnt auch in der Gemeinde dieses geängstigten Seelenhirten immer mehr Anhänger. In Goldberg hatte der Kriegerverein am selbigen Nachmittage, für den unsere Versammlung einberufen war, ebenfalls eine Versammlung veranstaltet, der weiteren fanden Vordierfeste statt. Hülfe, was helfen mag, um den Besuch der sozialdemokratischen Veranstaltung zu schwächen. Aber es half nichts, unsere Versammlung war gut besucht. Hoffentlich bleibt auch der Kampf gegen den Konsumverein ein Schlag ins Wasser. Vom Kriegerverein wird jeder ausgeschlossen, der dem Konsumverein beiträgt. Ein Lichtbildervortrag des Flottenvereins war in Lübz das Mittel, das der sozialdemokratischen Versammlung Abbruch tun sollte. In Parchim nahmen ungefähr 500 Personen, meist Frauen, an der Versammlung teil, die mit der Internationale eröffnet wurde. Der schwache Versammlungsbesuch in Kriewitz wurde damit erklärt, daß die meisten Arbeiter auswärtig schaffen und erst spät abends heimkommen oder auch gar nur Sonnabends. Die Versammlung in Grabow war gut besucht. Hier werden männliche Arbeiter mit einem Stundenlohn von 22 Pf. abgespeist. In Malchin waren von 200 Anwesenden zwei Drittel Frauen. Überhaupt war die Beteiligung der Frauen an den Versammlungen überall ein recht hoffnungsvolles Anzeichen dafür, daß breiten Massen die richtige Erkenntnis ihrer Lage aufdämmert und daß sie nach Recht und Freiheit drängen. Das erwiesen auch die Versammlungen in den ländlichen Orten. Das arbeitende Volk begnügt sich vom Gängelband seiner Ausbeuter und Unterdrücker freizumachen. Sein Streben nach Aufklärung muß mit allen Mitteln gefördert werden. Dazu gehört in ländlichen Gegenden besonders die Hausagitation, so schwierig sie auch gerade dort durchzuführen ist. Die Referentin wies in allen Versammlungen auf sie hin und schärfte ein, daß jeder und jede die Pflicht habe, agitatorisch zu wirken. Die Saat der Sozialdemokratie wird auch in Mecklenburg reifen. W. Lungwih.

In Birges im Westerwald trägt unsere Agitation unter den Frauen Früchte. Das bestätigt der Erfolg einer gut besuchten Versammlung, in der Genossin Agnes-Düsseldorf über „Die

Stellung der Frau im Zeichen der Feuerung und der Kriegsgefahr" sprach. Die Referentin behandelte ihr Thema in trefflicher Weise, so daß es auch den einfachsten Frauen klar wurde, wie wichtig es ist, daß sie mit der Sozialdemokratie zusammen gegen Feuerung, Rüstungswahnsinn und Kriegsgefahr kämpfen. Der Vortrag brachte es scharf zum Ausdruck, daß der ausbeutende Kapitalismus auch die Wurzel dieser Übel ist. Genossin Agnes schloß mit dem Mahnruf an die Frauen, sich auch politisch zu organisieren. Diese Mahnung ging zu Herzen, wie sie von Herzen kam. Die Versammlung brachte uns 20 neue weibliche Mitglieder und eine anschließende Hausagitation noch 12, so daß die Zahl der organisierten Genossinnen von 63 auf 95 gestiegen ist. Wir hoffen, daß dieser Fortschritt dazu beiträgt, uns immer mehr Frauen zuzuführen, die zurzeit der Sozialdemokratie noch fernstehen. Das erste Hundert weiblicher Mitglieder muß bald auch in der schwarzen Erde des Westerwaldes erreicht werden. Agitieren wir!

Rosa Hubert.

Aus den Organisationen. Die Folgen der Weltwirtschaftlichen Krisen bewährten Wirtschaftspolitik öffnen immer mehr Proletarierfrauen die Augen, treiben sie in immer größeren Scharen in die Reihen der Sozialdemokratie. Mit Eifer suchen die Parteileitungen vieler Wahlkreise die der Organisation zufließenden Frauen tiefer in die Ideen des Sozialismus einzuführen und damit die Partei innerlich zu stärken. Planmäßig organisierte Bildungsgelegenheiten werden zu diesem Zwecke geschaffen. In Hamburg, Wilhelmsburg und Harburg dienen regelmäßige Veranstaltungen der sozialistischen Schulung der Frauen. Es finden Vortragszyklen statt, die der besonderen Stellung und Veranlagung der Frau angepaßt sind, die ihre Vorbildung und ihre speziellen Interessen berücksichtigen und in denen der Sinn für höhere Fragen geweckt werden soll. Die Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen in Hamburg hat im letzten Vierteljahr drei solcher Vortragszyklen — jeder drei Vorträge umfassend — in den verschiedenen Stadtteilen abgehalten lassen. Drei Vorträge im Februar: „Aus der Praxis der Kindererziehung“ mit den Unterabteilungen: „Die Entwicklung des Willens“ und „Die Entwicklung des Charakters“ waren eine Ergänzung der Veranstaltungen im November vorigen Jahres über: „Die geistige Entwicklung des Kindes mit Anwendung auf die Erziehung“. Diese Vorträge wurden von einer erstklassigen pädagogischen Kraft abgehalten und führten in trefflicher Weise die 500 Teilnehmer — meist Frauen — in das wichtige Gebiet der Erziehung ein. Im Januar fanden drei Vorträge in Eimsbüttel statt über: „Die geschichtliche Entwicklung der Frauenfrage“. Sie waren gleich gut besucht. Dieser Zyklus wurde im zweiten Hamburger Wahlkreis wiederholt. Außerordentlich gute Aufnahme wurde den drei medizinischen Vorträgen in Warmbad zuteil, die ein Arzt abhielt. Sie behandelten „Frauenleiden“ und dürften vermutlich auch in anderen Distrikten beziehungsweise Wahlkreisen wiederholt werden. Das Interesse, das die Genossinnen diesen wissenschaftlichen Vorträgen entgegenbringen, ist in der Hauptsache die Wirkung der Vorarbeit, die in den monatlichen Frauenbildungs- und Diskutierabenden geleistet wird, sowie der hier mit besonderem Nachdruck betriebenen Propaganda für alle Veranstaltungen der Zentralbildungskommission. Für die Genossinnen in Wilhelmsburg und Harburg sind im März und April drei beziehungsweise vier Vorträge abgehalten worden über das Thema: „Was will die Sozialdemokratie?“ Vortragende war Genossin Brandenburg. Auch diese Zyklen erfreuten sich sehr regen Interesses und guten, regelmäßigen Besuchs, der in Wilhelmsburg im Verlauf der Vorträge sogar noch eine kleine Steigerung erfuhr. In der letzten Versammlung zu Harburg richteten ein Genosse und die Genossin Leberenz an die Genossinnen anfeuernde Worte, die der Beteiligung am Landtagswahlkampf galten. Mit Begeisterung erklärten sich die Versammelten bereit, in diesem Kampfe ebenso rührig und ausdauernd auf dem Posten zu sein wie im Reichstagswahlkampf. Der Eifer der Frauen, sich politisch zu betätigen, ist eine Frucht der fleißigen Heimarbeit in den letzten Jahren. Die Harburger Parteileitung hat seit einiger Zeit eine weibliche Hilfskraft im Parteisekretariat angestellt, ein begrüßenswerter Fortschritt, der für die Zukunft sichere Erfolge verspricht. Der kraftvolle Aufschwung der Frauenbewegung in dem industriell so hoch entwickelten Harburg wird das bestätigen. e. g.

Aus Schwarzburg-Rudolstadt. In dem schönen Ländchen, wo viele Tausende alljährlich Erholung und Ruhe finden, wo inmitten der herrlichen Naturschätze Rot und Glend unter der werktätigen Bevölkerung herrscht, wo eine sozialdemokratische Mehrheit im Landtag sitzt, sind in letzter Zeit auch die proletarischen

Frauen aufgestanden, sich mit zu beteiligen am Kampfe um Menschenrechte. Der Wanderer oder Sommerfrischler, der nur durch die Wälder schweift, der nur die Bade- und Luftkurorte besucht, ahnt nicht, welche Not in den Häuschen wohnt, die so malerisch an den Bergabhängen kleben. Stundeweite Wege haben die Arbeiter zurückzulegen, die in der Schieferindustrie ihren kargen Verdienst finden. Viele von ihnen sind nur Sonntags zu Hause. Das gleiche gilt auch vielfach für die Arbeiter der Porzellan- und Holzindustrie. Die ganze Woche über ist die Frau mit ihren Kindern auf sich selbst angewiesen. Aber sie kann ihre Arbeitskraft durchaus nicht lediglich dem Haushalt widmen, sie muß durch Heimarbeit der Not der Familie zu steuern suchen. Sie malt, gießt, macht Zigarrenspitzen, Puppen und vieles andere, wobei auch die Kinder mithelfen müssen. Wo es möglich ist, geht die Frau in die Fabrik. Die schwerste Arbeit beginnt für die Frau im Frühjahr, wenn sie das gepackete oder gefüllte Stückchen Feld zu bestellen hat. Man muß die Frauen gesehen haben, wie sie an den steilen Abhängen den steinigsten Boden bearbeiten, den Dünger auf dem Rücken hinausschleppen, mit Hacke und Spaten hantieren, um im Herbst die magere Ernte nach Hause tragen zu können. Soweit es nicht verboten ist, wird neben all der Arbeit noch Holz geleset, werden Beeren und Pilze gesammelt, kurz die Frau führt im Thüringer Wald einen harten Kampf ums Dasein. Kartoffeln, Fett, Brot und Kaffee sind die Hauptnahrungsmittel der Proletarierfamilie, Gemüse und Obst gehören zu den Seltenheiten, auch Fleisch kommt nicht häufig auf den Tisch. Die Männer haben sich seit einigen Jahren der gewerkschaftlichen und politischen Organisation angeschlossen und in zähem und schwerem Ringen sich ein klein wenig bessere Arbeitsverhältnisse erobert. Bei den Frauen aber hielt es schwer, sie für unsere Bestrebungen zu gewinnen. Durch Beharrlichkeit und Ausdauer in der Agitation ist es jedoch gelungen, hierin Wandel zu schaffen. Voriges Jahr konnte berichtet werden, daß sich endlich 109 Frauen in 7 Ortsgruppen der sozialdemokratischen Organisation angeschlossen hatten. Bis zum 31. März 1913 ist die Zahl der weiblichen Parteimitglieder auf 520 gestiegen, die sich auf 21 Ortsgruppen verteilen. Zu diesem schönen Erfolg trug sehr viel die Agitationstour bei, die Genossin Reichert-Berlin im Winter bei uns unternahm. 17 Versammlungen wurden dabei in drei Wochen abgehalten. Eine große Anstrengung für eine Städterin, denn in den Bergen heißt es marschieren, um von einem Ort in den anderen zu kommen, was im Sommer in Thüringen ein Vergnügen, aber im Winter bei den schlechten Wegverhältnissen eine Qual ist. Genossin Reichert verstand es meisterhaft, die Frauen zu überzeugen, daß ihr Platz in den Reihen der Sozialdemokratie sein muß; in vielen Fällen gelang es ihr auch, bisher noch gleichgültige Männer zu gewinnen. Über 400 neue Mitglieder wurden in den meist gut besuchten Versammlungen geworben. Es zählten beim Jahres-schluß weibliche Mitglieder die Ortsgruppen: Rudolstadt 18, Unterweißbach 50, Schlotheim 49, Bad Blankenburg 40, Stadtilm 40, Frankenhäuser 34, Glasbach-Obstfelderschmiede 28, Neuhaus 25, Jchstedt 23, Wolfstedt 21, Scheibe 19, Königsee 18, Oberweißbach 15, Seehausen 13, Meuselbach 12, Raschhütte 10, Gräfinau 9, Cumbach 7, Mellnabach 3, Schaala 3 und Schwarzburg 3. Die weiblichen Mitglieder erhalten bei einem monatlichen Beitrag von 20 Pf. die „Gleichheit“ unentgeltlich geliefert, und allen Ortsgruppen ist geeignetes Material zu Les- und Vortragsabenden zur Verfügung gestellt. So ist zu hoffen, daß durch fleißige Mitarbeit der führenden Genossinnen die proletarische Frauenbewegung in Schwarzburg-Rudolstadt eine schöne Entwicklung nehmen wird. E. O. R.

Politische Rundschau.

Der Reichstag ist in die Pfingstferien gegangen. Zum großen Schmutz unserer Vaterpatrioten, die sich zu einem erheblichen Teil mit den Vertretern der Rüstungsinteressenten bedien, ehe er die Wehrvorlage erledigt hat. Wenn es nach den journalistischen Kulis der Panzerplatten, Kanonen-, Pulverfabrikanten und anderer Armeelieferanten, nach den Generalen z. D. und a. D. und einigen freikonservativen und rechtsnational-liberalen Reichstagsabgeordneten ginge, dann hätte der Reichstag, um sich des „großen Moments“ würdig zu zeigen, die ungeheuerliche Heeresvermehrung ohne mit der Wimper zu zucken, ohne jede Prüfung und Debatte durch alle drei Lesungen im Handumdrehen bewilligen müssen. Dieser schöne Plan wäre natürlich schon an dem

Widerstand der Sozialdemokratie gescheitert, aber auch Ordnungsparteien wie die Konservativen und das Zentrum wären nicht für ihn zu haben gewesen. Denn ihre Vaterlandsliebe wäre dabei mit ihren Geldbeutelinteressen böß zusammengestoßen, und in solchem Konflikt opfern unsere Patrioten allemal blutenden Herzens — ihren Patriotismus. Gewiß, es wäre ja sehr erbebend gewesen, wenn man dem neiderfüllten Ausland — angeblich lauert es nur auf eine schwache Stunde des Reiches, um mord- und raubgierig darüber herzufallen — das Schauspiel einer debattelosen, glatten Bewilligung der gewaltigen Rüstungslast hätte bieten können. Aber, aber — dann hätten die Junker und ihre keritralen Verbündeten ihr Portemonnaie dem Reichstag, dem Parlament des gleichen Wahlrechts ausliefern müssen, dann hätten sie sich auf Gnade und Ungnade einer etwaigen Mehrheit des Reichstags für eine Reichserbschaftsteuer oder Reichsvermögenssteuer in die Hand gegeben. Und ehe sie das tun, lassen die Schwarzblauen lieber das heißgeliebte Vaterland noch etwas auf den angeblich so dringend notwendigen Schutz warten. Sie wollen die Wehrvorlage als Faustpfand so lange in der Hand behalten, bis auch die Deckungsvorlagen erledigt sind. Mit der Drohung, der Wehrvorlage Schwierigkeiten zu machen, hoffen Konservative und Zentrum, von den Nationalliberalen die Zustimmung zu Deckungsvorlagen nach ihrem Herzen zu erpressen. Und sie fürchten nichts mehr, als daß sie doch noch genötigt werden, ihre günstige Stellung zu räumen. Denn es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß die Deckungsvorlagen noch in diesem Sommer erledigt werden können. Die Pfingstferien des Reichstags werden bis Ende Mai dauern, weil man Rücksicht auf den Landtagswahlkampf in Preußen nehmen muß. Eine lange Tagung im Juni oder gar über den Juni hinaus ist aber nicht beliebt — die bürgerlichen Herren Volksvertreter verlangen ihre Ferien. Eine Durchpeitschung der Vorlagen läßt die Sozialdemokratie nicht zu. Auch haben Fortschritt und Zentrum das Bedürfnis, vor ihren Wählern mit einer scheinbar gewissenhaften Prüfung aller Positionen und womöglich einigen kleinen Sechsdreierabstrichen zu paradien. Daher ist das Ganze der Vorlagen unmöglich vor Anbruch des Hochsommers zu bewältigen. Höchstens könnte neben der Wehrvorlage der Wehrbeitrag erledigt werden, die einmalige Vermögensabgabe für die einmaligen Kosten. Am liebsten würden nun die Schwarzblauen auch die endgültige Bewilligung der Wehrvorlage bis zum Herbst verschieben. Aber dem würde die Regierung niemals zustimmen. Und das könnten jene Parteien auch vor der Öffentlichkeit nicht wagen, nachdem sie ihr von Anfang an die Dringlichkeit der neuen Rüstungen einzureden versucht haben, die Notwendigkeit, schon zum 1. Oktober die erhöhte Rekrutenzahl einzustellen. So geht denn das Bestreben der Rechten und des Zentrums darauf hin, die Nationalliberalen möglichst schon jetzt auf einen Deckungsplan festzulegen, der wirkliche Reichsbesitzsteuern ausschließt. Ihre Presse ist eifrig an der Arbeit, und gewiß wird hinter den Kulissen essig an einem Kompromiß gearbeitet, das die Nationalliberalen wahrscheinlich nicht minder sehnsüchtig erwarten als die Schwarzblauen.

Den Etat haben die bürgerlichen Parteien wieder in unwürdiger Hast durchzupeitschen versucht. Indes die Sozialdemokratie hat ihnen doch manche Striche durch die Rechnung gemacht. Sie hat sich die Kritik der Staatseinrichtungen nicht nehmen lassen, und einer Fraktion von 110 Köpfen kann man nicht so leicht das Wort abschneiden wie den sechs Sozialdemokraten des preussischen Dreiklassenhauses. So haben unsere Genossen im Reichstag bei den verschiedenen Kapiteln des Etats manch kräftiges Wort gesagt über die Löhnung und Behandlung der Arbeiter in den Reichsbetrieben, bei der Post, den Reichseisenbahnen und in den Militär- und Marineverwaltungen. Die Redner der Fraktion haben die Soldatenmißhandlungen, diese Frucht des stehenden Heeres, wieder unbarmherzig ans Licht gezogen. Und überall, wo es die Interessen der Arbeiter zu wahren galt, sind sie auf dem Posten gewesen und haben das Ihrige getan, um die bürgerlichen Parteien und die Regierung durch Aufdeckung der Mißstände auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes vorwärtszutreiben. So unangenehm diese positive Arbeit der Sozialdemokratie den bürgerlichen Parteien schon an sich ist, am unangenehmsten war ihnen ein Angriff auf einem Felde, auf dem sie in dieser Zeit des Rüstungsfollers besonders leicht verwundbar sind. Genosse Liebknecht deckte die Praktiken der Rüstungslieferanten auf. Er zeigte, wie das internationale organisierte Unternehmertum der Industrie der Mordwerkzeuge die Welt unter sich verteilt, wie es das teure Vaterland mit höheren Preisen, als sie dem Ausland berechnet werden, schröpft, wie die Konkurrenz durch Geheimverträge, durch Gewinnbeteiligung und anderes mehr ausgeschaltet wird. Die wackeren Patrioten, die an der Spitze der Riesenunternehmungen Krupp

in Deutschland, Schneider-Creuzot in Frankreich und Vickers und Armstrong in England stehen, haben aber noch nicht genug daran, daß sie ihre Mordmaschinen an jeden zahlungsfähigen Abnehmer unter den ausländischen Staaten liefern — ohne jede Rücksicht darauf, ob die Waffen sich einig gegen ihre eigenen Volksgenossen wenden können — und so zum Betrüsten animieren. Sie verschmähen auch verbrecherische Mittel nicht, um das Geschäft zu beleben. Ein Angestellter der Firma Krupp hat Reichsbeamte durch Bestechungsgelder zum Verrat amtlicher Geheimnisse verleitet, damit seine Firma über die Pläne der Heeresleitung und die Angebote der Konkurrenz jederzeit unterrichtet sei. Die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken suchten falsche Nachrichten über französische Rüstungen in die Pariser Presse zu lancieren, um auf diese Weise deutsche Rüstungen in Gang zu bringen. Diese Enthüllungen waren für die Bürgerlichen äußerst fatal. Der Bourgeois weiß ja, daß das Geschäft nicht immer mit den reinlichsten Mitteln gemacht wird, daß beim Geldmachen die sonst hochgepriesene Moral häufig genug ins Gedränge gerät. Er gesteht das unter vier Augen mit aller Gemütsruhe ein. Aber daß vor aller Öffentlichkeit solch schmutzige und verbrecherische Machenschaften aufgedeckt werden, ist doch zu peinlich, zumal wenn das Vaterland unter diesen zu leiden hatte. Und gerade jetzt, wo das Volk sich für eine Milliardenausgabe begeistern soll, die dem Rüstungskapital neue Riesengewinne in den Schoß werfen wird. So herrschte denn nach Liebknechts Enthüllungen große Verlegenheit auf den Bänken der Bürgerlichen und nicht minder am Tische der Regierung. Der Kriegsminister war froh, sich hinter die Vertröstung auf das Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung verschanzen zu können. Eine eigene Meinung zu vertreten, hütete sich Herr v. Heeringen ängstlich. Dafür sang er ein Loblied auf die Verdienste der Firma Krupp ums Vaterland (nicht am Vaterland). Die bürgerlichen Parteien produzierten dann billige Entrüstung im allgemeinen, um im besonderen Falle ihr Urteil zu vertagen. Doch gab es einzelne Abgeordnete, die es für angebracht hielten, etwas mehr für die Firma Krupp zu tun — bezeichnenderweise war einer der eifrigsten darunter der Fortschrittler Dr. W r a b a n d. Die ertrappten Firmen kamen dann mit Ausreden, die von mitleiderregender Mäßigkeit waren. Die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken haben nur deshalb die französische Presse zu Falschmeldungen über französische Rüstungen zu animieren gesucht, um die Regierung Frankreichs zu einer Nichtigstellung zu veranlassen und so den wahren Umfang der französischen Rüstungen zu erschauen. Und die Firma Krupp ist unschuldig wie ein neugeborenes Kind, sie weiß von nichts. Der betreffende Beamte — ein Unterbeamter, so bezeichnet ihn die Firma, obgleich der Mann über 10 000 Mk. Gehalt bezieht — hat anscheinend nur zu seinem eigenen Vergnügen spionierte und bestochen; die Firma weiß von seinem ganzen Treiben nichts, und der Herr Generaldirektor hat die wichtigen Geheimberichte überhaupt niemals gelesen, obwohl die Firma diese sorgsam aufbewahren ließ.

Die Regierung hat strengste Untersuchung zugesagt. Nichtsdestoweniger bekämpfte sie einen Beschluß der Budgetkommission, wonach der Reichstag eine Kommission zur Untersuchung der Machenschaften des Rüstungskapitals einsetzen sollte. Sie wollte nur eine vom Reichsfanzler zu ernennende Kommission zulassen, in die dieser gnädigt auch eine Anzahl Reichstagsabgeordneter aufnehmen wollte. Das war selbst — mit Ausnahme der Junker — den bürgerlichen Parteien zu groß. Sie beachteten den Einspruch der Regierung nicht. Aber sie lehnten auch den Antrag der Sozialdemokratie ab, der Kommission das Recht zur eidlichen Zeugenvernehmung zu geben. Erst dieses Recht hätte halbwegs die Garantie für gründliche Aufdeckung mancher faulen Stellen gegeben.

Beim Militäretat warf die Heeresvorlage ihre Schatten voraus. Mit Rücksicht auf die gewaltige neue Belastung wagten Zentrum und Fortschrittler nicht mehr, die sozialdemokratischen Anträge auf Abschaffung verschiedener überflüssiger Kommandantenstellen abzulehnen, die nichts weiter als bequeme Versorgungsstellen für Offiziere sind. Die Posten wurden gestrichen und die Regierung wurde außerdem gezwungen, „freiwillig“ auf verschiedene Adjutanten für die diversen Bundesfürsten zu verzichten. Die Ersparnisse fallen gegen die Riesensummen des Militäretats nicht ins Gewicht, aber das Eingeständnis, daß im Heere Einsparungen besäßen, hat Wert und wird weitere Streichungen nach sich ziehen müssen. — Übrigens haben Fortschrittler und Zentrum sich auch dazu aufgeschwungen, bei der Beratung der Militärvorlage in der Kommission von sechs neuen Kavallerieregimentern drei zu streichen. Ob sie aber den Mut haben werden, auf dieser Streichung zu bestehen, ist noch im Frage.

In Belgien ist der Generalstreik nach zehntägiger Dauer in bester Ordnung abgebrochen worden. Die Regierung und die Kammer ward durch den Ausstand gezwungen, in der Wahlrechtsfrage einen Beschluß zu fassen, den die große Mehrheit unserer Genossen als das Versprechen der Wahlreform deutet. Der Streik an sich war ein voller Erfolg, seine Ausdehnung übertraf die Erwartungen. Die Ausständigen wahrten während des Kampfes eine musterhafte Disziplin und betätigten diese auch bei der einmütigen Wiederaufnahme der Arbeit. Ob die Auffassung von dem Wert der Regierungserklärung richtig war, muß die Zukunft lehren. Das ändert aber an der Bedeutung des geführten Kampfes nichts. Diese liegt darin, daß das belgische Proletariat zur Erreichung eines politischen Zieles seine wirtschaftliche Macht geschlossen in die Waagschale warf. Unter Führung verhältnismäßig schwacher Organisationen gelang es, 450 000 Arbeiter in den Streik zu führen und das Wirtschaftsleben des Landes lahmzulegen.

Der Gang der Ereignisse auf dem Balkan führt zu gleicher Zeit, da der Krieg der Verbündeten gegen die Türkei zu Ende ist, neue bedrohliche Verwicklungen der Weltlage herauf. Montenegro hat schließlich doch noch das heikumstrittene Skutari eingenommen und verweigerte die Aufgabe der Stadt. Österreich-Ungarn drohte mit dem Einmarsch in Montenegro. Die Mächte suchten mit Überredungskünsten und durch Geldangebote die Regierung in Cetinje mürbe zu machen. Angesichts der österreichischen und italienischen Truppenaufgebote sah sich das kleine Montenegro gezwungen, Skutari aufzugeben. Österreich-Ungarn wünschte offenbar die Haltung Montenegros als Vorwand zu benutzen, um durch die Besetzung Nordalbaniens die Einbuße weltzumachen, die seine Macht auf der Balkanhalbinsel durch die Eroberungen der Verbündeten erlitten hat. Auch soll dadurch die ungeheure Verschwendung des Volksvermögens, die die Robilmachung in Österreich-Ungarn bisher verursacht hat, nachträglich gerechtfertigt werden. Natürlich traut Italien seinem Verbündeten nicht über den Weg — und wird für den Fall, daß dieser in Nordalbanien einrückt, seinerseits Südalbanien besetzen und sich sichern. Eine Festsetzung Italiens auf der Balkanhalbinsel würde aber die strategische Stellung Österreichs am Adriatischen Meer schwer schädigen, so daß Österreich aus dem albanischen Abenteuer wenig Gewinn erwachsen würde. Auf alle Fälle ist in der albanischen Frage eine Quelle ständiger Kriegsgefahr offengehalten. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Eine weitere Konzentration der Kräfte im Unternehmerlager zum Kampfe gegen das Proletariat bedeutet der Zusammenschluß des Zentralverbandes deutscher Industrieller mit dem Deutschen Arbeitgeberverband. Beide Organisationen verfolgten im Grunde das gleiche Ziel: dem Unternehmertum die größtmögliche Ausbeutung der Arbeiterschaft zu sichern, nur nach außen hin unterschieden sie sich ein wenig voneinander. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände verfolgt ihre Zwecke hinter dem Schilde der wirtschaftlichen Interessenvertretung der Unternehmer. Der Zentralverband deutscher Industrieller dagegen kämpfte offener und brutaler gegen die Hindernisse, die sich den Ausbeutergelüsten in den Weg stellen. Er begnügte sich nicht mit seinem Einfluß auf die Regierung, der durch Tringelder gefestigt wurde, sondern machte auch durch Wort und Schrift die Öffentlichkeit und die Gesekgebung gegen die Klassenbewußte Arbeiterschaft scharf. Der Kampf gegen die Arbeiterorganisationen wird auch die Hauptaufgabe des neuen Verbandes sein. Die Vereinigung der Kräfte wird die Macht des Unternehmertums auf die Regierung, in der Öffentlichkeit und im Kampfe gegen das Proletariat sicher steigern. Rund 130 000 Unternehmer gehören der neuen Organisation an, und sie beschäftigen etwa $4\frac{1}{2}$ Millionen Arbeiter. Sehr viele dieser Unternehmer sind gegen Streik versichert und erhalten Streikentschädigung; dadurch ist ihre Kraft im Ringen mit den Ausgebeuteten beträchtlich erhöht. Wie man sieht, sind die Unternehmerorganisationen in der Entwicklung hinter den Gewerkschaften nicht zurückgeblieben, sie haben sie in mancher Beziehung sogar überholt. Und während das Ausbeutertum durch Konzentration seine Macht verstärkt, treibt der Kampf zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen die organisierten Kräfte der Arbeiter auseinander. Gegenwärtig macht sich der Hader im Lager der Ausgebeuteten besonders bemerkbar. Bei jedem Streik in neuerer Zeit betätigen die Christlichen ihre grundsätzliche Abneigung, ernsthaft die Sache der Arbeiter wider die Unternehmer zu verfolgen. Zur Täuschung ihrer Mitglieder befürworten die christlichen Führer Lohnbewegungen, sie reden selbst für den Streik. Wenn es jedoch ernst damit wird,

so ziehen sie sich völlig zurück und proklamieren den Streikbruch. Als Krönung ihres Judaswerkes schließen sie dann noch mit den Arbeitgebern einen unehrenhaften, faulen Frieden. Die christlichen Arbeiter mögen sich wohl aus Klasseninstinkt hier und da gegen eine solche Taktik aufbäumen. Am Ende aber beugen sie sich immer noch, wenn ihre Führer — zu denen nicht zuletzt die gescheiterte und geschorene Geißlichkeit gehört — sie wieder beschwächen und mit dem Ciapoppia christlicher Demut einlullen. Angesichts solcher Zustände wäre es töricht, auf einen Zusammenschluß der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen auf neutralem Boden zu hoffen. Unsere Zuversicht beruht auf dem Bewußtsein, daß die freien Gewerkschaften sich kraftvoll entwickeln und immer mehr die Zuflucht der bisher irreführten Arbeiter werden. Der Zusammenschluß der Unternehmerverbände muß der schärfste Ansporn für die erweckten Arbeiter sein, sich mit ganzer Kraft dem Dienste unserer Organisationen zu widmen, damit Macht der Macht entgegengetreten kann.

Der oberschlesische Bergarbeiterstreik ist wieder ein Schulbeispiel dafür, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter ihre Kräfte für den wirtschaftlichen Kampf konzentrieren. In überwiegender Mehrzahl sind es hier polnische Bergarbeiter, die sich gegen das mächtige Grubenkapital auflehnen. Der Streik ist auf den oberschlesischen Gruben ziemlich allgemein geworden. Ein Glück, daß die christliche Streikbruchorganisation dort keinen Einfluß besitzt. Die Ausständigen halten musterhafte Ordnung und geben den in Masse aufgeborenen Polizisten, Genarmen und dem Militär keinen Anlaß, ihre kriegerische Tüchtigkeit zu beweisen. Man könnte aber meinen, die Behörden hätten es auf Provokationen abgesehen. Grubenbeamte wurden zu Polizisten gemacht! Polizeigewalt über die Streikenden üben jetzt die gleichen Beamten aus, die im Dienste der Unternehmer die fröndenden Arbeiter schürigelten, wobei es naturgemäß zu kleinen und größeren Reibereien kam. Die Herren solizieren mit weißen Armbinden einher, die die Aufschrift tragen: Polizeibeamter, sie sollen Ruhe und Ordnung aufrechterhalten. Die Behörden haben besonders bekanntgegeben, daß diese bisherigen Fronbögte Beamtenfunktionen haben und daß ein Verstoß oder Angriff gegen sie einem Angriff auf einen Polizeibeamten gleichkommt. Fast hat es den Anschein, als ob den Behörden der Streik zu ruhig verläuft. Wenn die Plinte schießt und der Säbel haut, wie im Ruhrbergarbeiterstreik, ist der Streik viel leichter zu erdroffeln.

Im Baugewerbe wird die Entscheidung über Krieg oder Frieden voraussichtlich noch vor Pfingsten fallen. Die zentralen Verhandlungen haben wieder begonnen. Wie sie enden werden, läßt sich nicht vorhersehen. Zwar ist für eine ziemliche Anzahl von Tarifgebieten bei den örtlichen Verhandlungen eine Einigung zwischen Arbeitern und Unternehmern erzielt worden, dagegen konnten sich in weiten Landesteilen die Parteien nicht einigen. Hier werden die Unparteiischen einen Schiedsspruch fällen, über dessen Annahme oder Ablehnung dann außerordentliche Verhandlungen der Bauarbeiterverbände entscheiden.

Der Binnenschifferstreik auf der Elbe, der Oder und den märkischen Wasserstraßen ist beendet. Neuere Verhandlungen mit den Unternehmern brachten den Arbeitern keine wesentlichen Erfolge. Die Arbeiter beschloßen, angesichts der mageren Zugeständnisse der Arbeitgeber auf einen Tarifabschluß zu verzichten und die Arbeit tariflos wieder aufzunehmen. Bei diesem Ausstand gab es noch einen den Scharfmachern willkommenen Knall- und Schlußeffekt. Ein richtiges Bombenattentat sollte von freireisenden Binnenschiffern gegen einen Dampfer und somit gegen die Arbeitswilligen verübt worden sein. Es hieß, daß ein Ausständiger von einer Brücke aus versucht habe, eine Bombe in den Schornstein eines Schiffes zu werfen. Die Bombe verfehlte jedoch ihr Ziel, und ein Schiffsmann machte sie unschädlich, indem er sie in einen Eimer Wasser steckte. In der Wohnung des Bombenwerfers sollten noch mehr solche gefährliche Nordwerkzeuge gefunden worden sein. Sofort wurden vier Mann verhaftet. Schließlich stellte sich heraus, daß es sich um harmlose Jagdpatronen handelte, die die Arbeiter auf einem Schießplatz gefunden hatten. Die Verhafteten, darunter der Hauptattentäter, mußten denn auch nach kurzer Haft entlassen werden.

Im Hamburger Hafen ist nach langen Verhandlungen der Organisationen mit den Unternehmern der Neunstundentag für die Arbeiter allgemein durchgeführt worden. Damit ist besonders den Werften der viel mißbrauchte Vorwand genommen worden, am Neunstundentag feizuhalten. Auch für die übrigen Hafenstädte ist nunmehr die Bahn für den Neunstundentag frei.

Besonderes Interesse beansprucht die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe. Gegen die dort bestehende Tarifgemein-

schaft, die älteste und bestausgebaute in Deutschland, wird von verschiedenen Seiten eine eifrige Hege unterhalten. Bestimmte Unternehmer wühlen gegen die Tarifgemeinschaft. Die ganze bürgerliche Presse aber, ohne Unterschied der Richtung, vom brutalsten Scharfmacherorgan bis zu den Sprachrohrern der Sozialpolitiker, macht Front gegen den Buchdruckerverband. Und der Grund oder richtiger der Vorwand? Weil die im Gewerbe bestehende Sonderorganisation nicht volles Sitz- und Stimmrecht in den Tarifinstanzen hat. Diese Organisation, der Gutenbergbund, ist im Jahre 1896 entstanden, nach dem verlorenen Streik im Buchdruckgewerbe; sie erblickt ihre Aufgabe darin, den Unternehmern zu Dienste zu sein. Ohne Lebenskraft vegetiert sie dahin und versucht durch Großmüßigkeit zu ersetzen, was ihr an Bedeutung fehlt. Seit längerer Zeit schon bestürmt sie die gesamte Presse mit Notizen, in denen sie für ihr „Recht“ Stimmung zu machen sucht. Wiederholt ist der Gutenbergbund mit seinem Verlangen abgewiesen worden, als Tarifkontrahent zugelassen zu werden und in den Tarifinstanzen Sitz und Stimme zu erhalten. Vor kurzem machte er unter großem Lärm einen neuen Vorstoß mit dem gleichen Mißerfolg. Der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes wehrte sich entschieden gegen jene Zumutung. Er kündigte an, der Verband werde seine sämtlichen Vertreter aus allen Tarifinstanzen abberufen, falls dem Antrag der Gutenbergbündler Rechnung getragen würde, der in einigen Unternehmern Befürworter gefunden hat. Inzwischen haben die Sonderbündler, nachdem sie einmal vergebens bei den Hirsch-Dunderschen Unterschluß gesucht hatten, bei der alleinseligmachenden Richtung der christlichen Gewerkschaften Anschluß gefunden. Ihre Mitgliederzahl ist so schwach, daß sie bei größter Weitherzigkeit im Proporzwahlverfahren keine Vertretung in den Tarifinstanzen beanspruchen könnte.

Den Wohlstand mußten die Arbeiter über die Bichorienfabrik von Joseph Scheuer in Fürth verhängen. Diese Firma bildet keine organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in ihrem Betrieb. Das Unternehmen besitzt außer in Fürth noch Betriebe in Magdeburg und Schönebeck a. E. und war bisher auch Lieferant verschiedener Konsumvereine. Der Magdeburger Betrieb wurde von der Firma Robert Brandt erworben; hier wird insbesondere die Brandt-Bichorie hergestellt. Die hauptsächlichsten von der Firma vertriebenen Marken sind:

| | | |
|--------------------|-----------------------|--------------|
| Doppelritter, | Drauschweiger, | Gestreifte, |
| Brandkaffee-Pfeil, | Blaurot, | Siegelmarke, |
| Notfeuer, | Neugermantia, | Prinzregent, |
| Löwe ohne Firma, | Rot- und Gelb-Ritter, | WGS-Brandt, |
| Gelbfleher, | Doppelgächerte, | Weißbren. |

Diese Bichorienmarken sind von jeder Arbeiterfrau solange zurückzuweisen, wie die Arbeiter noch nicht zu ihrem Rechte gekommen sind. #

Ans der Textilarbeiterbewegung. Einen schönen Erfolg hat die Arbeiterschaft der Baumwollspinnerei Bayerlein in Weyreuth in siebenwöchigem Streik errungen. Veranlaßt wurde der Kampf durch die unwürdige Behandlung, die sich Arbeiter und Arbeiterinnen seit längerer Zeit gefallen lassen sollten. Gemeine Beschimpfungen und Mißhandlungen waren in dem Betrieb einigen Meistern zur lieben Gewohnheit geworden. Auf die Organisierten hatte man es besonders abgesehen. Maßregelungen folgten auf Maßregelungen. Alle Verbandsfunktionäre wurden in kurzer Zeit zur Strecke gebracht. Der Streik, der anfänglich nur von 53 der 300 Arbeiter und Arbeiterinnen geführt wurde, erfaßte nach und nach fast den gesamten Betrieb. Sein Verlauf ist ein ehrenvolles Zeugnis für die Solidarität der gesamten Belegschaft. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, die an Stelle der Streikenden treten sollten, verweigerten die ihnen zugemuteten Streikbrecherdienste. Dafür wurden sie in allen Fällen entlassen. Doch gerade diese glänzende Solidarität war es vor allem, die die Kapitulation der Firma erzwang. Mißhandlungen, Beleidigungen und sonstige Belästigungen der Arbeiter sind den Meistern jetzt streng verboten. Gegen Übertretungen dieses Verbots verpflichtet sich der Firmeninhaber einzuschreiten. Niemand von den Streikenden darf entlassen werden. Alle Arbeiter, auch die zuletzt gemahregelten, werden wieder eingestellt. Die Arbeiter erhalten die Kontraktbruchstrafe herausbezahlt, die ihnen einbehalten worden war. Der Erfolg ist um so höher zu werten, als gerade in Weyreuth die Organisationsarbeit immer wieder Rückschläge erlitt. Die Bewegung hat dem Verband 200 neue Mitstreiter gebracht, die vom besten Geist befeelt sind. Jetzt gilt es in Weyreuth rührig weiterzubauen, Boden ist noch genügend vorhanden.

Der Versuch, in zwei Betrieben in Spremberg den Wochenlohn um 1,65 Mk. und 1,75 Mk. zu kürzen, wurde abgeschlagen. In der Strickererei von S. Vandee in Berlin wurden für

die Stricker 2 Mk. und für die Strickerinnen 1,80 Mk. wöchentliche Lohnerhöhungen durchgesetzt. 45 Weberinnen in Langensalz a errangen eine Erhöhung ihres wöchentlichen Verdienstes um 1,80 Mk. In der Buntweberei von Jordan in Lauban konnten die Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit um anderthalb Stunden und eine Erhöhung des Lohnes um 1 Mk. in der Woche für sich buchen. Eine Lohnerhöhung von 1,80 Mk. wurde in der Tuchweberei von Pschille in Großenhain errungen. 212 Strumpfwirker in Zeulenroda erzielten Lohnerhöhungen von 1,25 Mk. wöchentlich. In der Spinnerei von H. S. Malz in Greiz wurden eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um 3/4 Stunden und Lohnerhöhungen von 1,40 Mk. durchgedrückt. Lohnzulagen von 2,50 Mk. in der Woche erreichte eine Abteilung in der Spinnerei Erlangen; das Warten auf Material wird außerdem künftig mit 30 Pf. pro Stunde bezahlt, während es bis jetzt hierfür nichts gab. Die Trikotweber der Firma R. G. u. in Ebingen errangen wöchentliche Lohnerhöhungen von 1,50 Mk., die bei Behr in Walingen von 1,20 Mk. Ein sechstägiger Streik in der Kammgarnspinnerei zu Dietigheim setzte eine Verkürzung der Arbeitszeit um 2 Stunden in der Woche durch und wehrte Maßregelungen ab. Mit gutem Erfolg ist auch der Streik bei Berndt in Neugersdorf beendet worden. Für eine Reihe Artikel wird ab 7. April ein fünfprozentiger Zuschlag gezahlt, des weiteren für schlechtes Material oder für schlechte Geschirre ein Zuschlag von 33/4 Prozent vom Bezahln. In dem vierwöchigen Kampfe ist kein einziger der Ausständigen zum Streikbrecher geworden, dagegen schlossen sich mehrere Arbeitswillige den Streikenden an. Sämtliche Unorganisierte sind dem Verband beigetreten. Das sei den Textilarbeitern im ganzen Bezirk Neugersdorf besonders zur Nachahmung empfohlen. Denn dort in der Oberlausitz gibt es noch viel zu bessern.

Ans der Holzarbeiterbewegung. Der Deutsche Holzarbeiterverband hat im Jahre 1912 wiederum mit großem Erfolg für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen gewirkt. Seine Jahresübersicht in der „Holzarbeiter-Zeitung“ ergibt, daß der Verband im Jahre 1912 bei Lohnbewegungen 51449 Personen ins Treffen geführt hat. Bei 578 von insgesamt 961 Lohnbewegungen genügte jedoch schon die Macht des kriegsbereiten Verbandes, um eine Verständigung mit den Unternehmern ohne Kampf herbeizuführen. Infolgedessen errangen rund 36700 in der Holzindustrie Beschäftigte Erfolge, ohne daß sie erst die Arbeit niederlegen mußten. Hierunter befanden sich auch 1121 Arbeiterinnen, während weitere 729 Frauen in die offenen Kämpfe verwickelt wurden. Das Gesamtergebnis der Lohnbewegungen ist recht erfreulich. Für 31882 Beteiligte wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich zwei Wochenstunden und für 37982 eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 2,04 Mk. in der Woche durchgesetzt. Da es sich dabei in vielen Fällen um die gleichen Personen handelt, die also gleichzeitig an der Arbeitszeitverkürzung wie an der Lohnerhöhung teilhaben, so bedeutet dieser Erfolg für die Betroffenen, daß sie nach Eintritt aller Verbesserungen im Laufe eines Jahres 104 Stunden oder etwa zwei Wochen weniger zu arbeiten haben und doch rund 100 Mk. mehr verdienen als vordem. Die Mühen und die Opfer für den Verband haben sich gut gelohnt! In den genannten Verbesserungen erschöpft sich aber der Erfolg der Lohnbewegungen noch lange nicht. Andere Zugeständnisse der Arbeitgeber dürfen auch nicht unterschätzt werden, wie zum Beispiel die Lohngarantie bei Alfordarbeiten, höhere Zuschläge für Überstunden und das Mitbestimmungsrecht bei der Leistung von Überstunden und anderes mehr.

Für die Durchführung seiner Lohnkämpfe hat der Verband aber allein 876000 Mk. an Streikunterstützung aufwenden müssen. Das ist allerdings weniger als im Vorjahr, das 1060000 Mk., also das Doppelte hierfür erforderte. Freilich ist zu den Summen, die für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Abwehr von Verschlechterungen ausgegeben wurden, auch ein erheblicher Teil der Arbeitslosenunterstützung hinzuzurechnen. Die Erfahrung lehrt immer wieder, daß gerade diese Unterstützung geeignet ist, das Unterbieten am Arbeitsmarkt hintanzuhalten. Indem sie dem Arbeitslosen wenigstens das Allernotwendigste zum Leben sichert, bewahrt sie ihn vielfach vor der Notwendigkeit, zu jedem Preis Arbeit suchen zu müssen. Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung sind aber im Deutschen Holzarbeiterverband im letzten Jahre infolge der Verschlechterung der wirtschaftlichen Konjunktur ganz erheblich gestiegen. Reichten noch im Jahre 1911 insgesamt 1108000 Mk. zur Deckung der diesbezüglichen Anforderungen aus, so bedurfte man im letzten Jahre 1529000 Mk. für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, also fast um die Hälfte mehr. Die übrigen Ausgaben für Unterstüßungen sind entsprechend dem Wachstum des Verbandes ge-

stiegen; die Unterstützung der Kranken erforderte 950 000 Mk., die der Gemajregeln 71 500 Mk., die in Sterbefällen 65 000 Mk., in Notfällen 72 500 Mk. Insgesamt wandte der Verband zur Unterstützung seiner Mitglieder 3 676 000 Mk. auf und hat damit zweifellos manche Not gelindert und manche Träne getrocknet. Diese Summe macht den überwiegenden Teil aller Verbandsausgaben aus. Im ganzen schließt das Jahr 1912 für den Verband finanziell günstig ab. Seine Einnahmen überstiegen die Ausgaben um über 2 Millionen Mark, so daß sein Vermögen jetzt die beachtenswerte Höhe von fast 7 1/2 Millionen Mark, genau 7 221 570 Mk. erreicht hat. Auf den Kopf des Mitglieds berechnet, ergibt dieser Kriegsschatz eine Summe von 86,13 Mk. Da nun inzwischen die große Vertragsrenewierung dieses Jahres, auf die der Verband notwendigerweise stark gerüstet sein mußte, ohne erhebliche Kosten erledigt ist, dürfte das laufende Jahr weitere Rücklagen ermöglichen. In der Folge werden wohl künftig weder Wirtschaftskrisen noch Niesenkämpfe den Verband zu erschüttern vermögen.

Der Mitgliederzuwachs hat im vorigen Jahre etwas unter der ungünstigen Wirtschaftslage gelitten, die durch die Kriegswirren stark beeinflusst wurde. Gingen daher die gehegten Erwartungen auch nicht ganz in Erfüllung, so ist der erreichte Gewinn von 14 060 Mitgliedern immerhin noch recht ansehnlich. Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß die Zunahme bei den weiblichen Mitgliedern 13,3 Prozent betrug gegenüber nur 7,4 Prozent bei den männlichen. Der Verband hat also besonders unter den Arbeiterinnen weitere erhebliche Fortschritte gemacht. Die Gesamtmitgliederzahl des Verbandes betrug zu Beginn dieses Jahres 196 810, wovon 188 501 männliche, 7 193 weibliche und 1 116 jugendliche Personen waren. Das Jahr 1912 hat dem Verband eine ruhige Vorwärtswentwicklung gebracht, die ihn für die Stürme des wirtschaftlichen Kampfes seit. Mögen sich immer mehr Proletarier und Proletarierinnen seinem starken Hort anvertrauen. fk.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Jahresbericht der Ortsgruppe Hamburg des Verbandes der Hausangestellten. Das vergangene Jahr stand im Zeichen des Verbandstags. Anregung über Anregung ist da gegeben worden, die die Arbeit der nächsten drei Jahre stärken und fruchtbar machen soll. Unsere Organisation gleicht einem Rinde, das Wehen lernt. Es geht langsam Schritt für Schritt vorwärts. Unsere Ortsgruppe hat im letzten Jahre 291 neue Mitglieder gewonnen. An Mühe und Arbeit hat es nicht gefehlt. Tausende von Flugblättern und Broschüren sind von Haus zu Haus, in Versammlungen und auf den Straßen verbreitet worden, um die Hausangestellten darüber aufzuklären, welche starke Stütze sie an dem Verband haben. Vom Gewerkschaftsartell aus wurde im vorigen Jahre eine umfangreiche Hausagitation veranstaltet, die für alle Organisationen weibliche Mitglieder werden sollte. Auch unser Verband hat Erfolg davon gehabt, 51 der damals gewonnenen Mitglieder sind ihm treu geblieben. An der Maiseier nahmen unsere Mitglieder in stattlicher Zahl teil. Die Abendveranstaltung mit ihrem aufklärenden Vortrag war gut besucht und brachte der „Gleichheit“ 18 neue Leserinnen. Im Mai wurde der Tarif für die Mitglieder des Verbandes erneuert, die im Konsum-Vau- und Sparverein „Produktion“ beschäftigt sind. Er enthält entsprechende Verbesserungen, und nach 2 Jahren soll die Bezahlung um weitere 10 Prozent erhöht werden. Für die Verbandsmitglieder, die in unserem Partei-geschäft, der Druckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. beschäftigt sind, ist gleichfalls ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Die 12 Mitgliederversammlungen des letzten Jahres beschäftigten sich mit wichtigen Fragen wie „Beratung der Anträge zum Verbands-tag“, „Die plötzliche Entlassung der Hausangestellten“, „Die Hamburger Dienstbotenfrankensasse“, „Das Fortbildungsschulwesen“ usw. Das Interesse der Anwesenden an den Vorträgen ist recht lebendig, doch beteiligen sich nur wenige an der Diskussion. Wir bedauern das ungemein, denn gerade die freie Aussprache wirkt recht anregend und bildend. Unsere Organisation hatte gefordert, daß die Behörden bei ungerechtfertigter Entlassung den Mädchen ein Kostgeld von 1 Mk. 60 Pf. zuerkennen sollten. Das wurde zwar abgeschlagen, jedoch können wir die Beobachtung machen, daß die Polizeibehörde jetzt den Mädchen ein Kostgeld von 1 Mk. 50 Pf. pro Tag zubilligt. Die Erhöhung des Satzes ist mittelbar dem Verband der Hausangestellten zu danken. Unsere Organisation hatte natürlich wieder sehr viele Beschwerden zu erledigen. Hin und wieder wurden geradezu haarsträubende Mißstände festgestellt, unter denen Hausangestellte litten. Das „Gemütliche Beisammensein“

für unsere Mitglieder fand regelmäßig jeden dritten Sonntag im Monat statt, außerdem wurden 8 größere Ausflüge veranstaltet, die gleichzeitig der Agitation für die Ortsgruppen Bergedorf und Lüneburg dienten. Jeden Donnerstag, den Sommer ausgenommen, wurden Nähabende abgehalten. An den Donnerstagsabenden im Sommer wurden gemeinsame Spaziergänge und Spazierfahrten unternommen. Unsere Mitgliederzahl ist von 1627 auf 1918 gestiegen. Es wurden 20 022 Beitragsmarken verkauft gegen 16 720 im Vorjahr. Dem Verband traten im Berichtsjahr 1417 Mitglieder bei, und 1126 davon gingen ihm wieder verloren. 180 von diesen wurden ausgeschlossen wegen Nichtbezahlung der Beiträge, 179 wegen nicht gemeldeter Adresse. Die Auskunftsstelle und unser Stellennachweis sind fleißig in Anspruch genommen worden. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1912 wendeten sich an unseren Stellennachweis 2738 Hausfrauen gegen 2531 im Vorjahr, 801 Mädchen, darunter 75 Tagmädchen; für 1911 hatten diese Zahlen 825 und 164 betragen, Frauen zur Tagesarbeit 2533 gegen 2342. Vermittelt wurden:

| | | Im Vorjahr |
|--------------------------------------|------|------------|
| Mädchen bei voller Station | 385 | 422 |
| Tagmädchen | 70 | 74 |
| Aushilfen | 128 | 75 |
| Morgenfrauen | 80 | 88 |
| Bärterinnen | 5 | 1 |
| Haushälterinnen | 1 | 1 |
| Garberobenfrauen | 2 | — |
| Blätterinnen | 1 | 2 |
| Näherinnen | 11 | 5 |
| Kochfrauen | 2 | 3 |
| Servierfrauen | 5 | 1 |
| Arbeitsstage | 1613 | 1412 |

Der kostenlose Stellennachweis des Verbandes ersparte den Mitgliedern 2320 Mk. Um die nötigen organisatorischen Arbeiten zu erledigen, hielt der Vorstand der Ortsgruppe 20 Sitzungen ab. Die Korrespondenz war umfangreich, es sind 1191 Eingänge und 2767 Ausgänge verzeichnet, außerdem wurden 966 Empfehlungen und Zeitungen verschickt. Im laufenden Jahre muß mit größter Energie weitergearbeitet werden, unablässig heißt es unserer Organisation Mitglieder werben. Hilfe dabei jede Genossin, jeder Genosse nach Kräften mit! Es sind Köpfe der arbeitenden Volks-, die als Dienende und Hausarbeiterinnen des Schutzes der Organisation besonders bedürfen. Luise Kähler.

Landarbeiterfrage.

Frauen- und Kinderarbeit in der bayrischen Landwirtschaft. Der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der gesamten Einwohnerschaft Bayerns stellte sich im Jahre 1882 auf 50,9 Prozent. Die Bevölkerung des Landes war in ihrer Mehrheit damals eine agrarische. Der Aufschwung, den von dieser Zeit ab auch in Bayern Industrie und Handel nahmen, veränderte die wirtschaftliche Struktur des Landes und damit die Zusammensetzung der Bevölkerung. Schon im Jahre 1895 war der Prozentsatz der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Bayern auf 45,8 gesunken, bis zum Jahre 1907 ging er auf 40,3 Prozent zurück. Auch die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe überhaupt war in dem betrachteten Zeitraum gesunken, und zwar von 681 521 im Jahre 1882 auf 669 911 im Jahre 1907. Dieser Rückgang verteilt sich jedoch nicht gleichmäßig auf die verschiedenen Größenklassen der Betriebe. Während die Parzellenbetriebe bis zu 2 Hektar von 262 343 auf 241 642 zurückgingen, vermehrten sich die mittelbäuerlichen Betriebe von 207 986 auf 224 640. Zu den mittelbäuerlichen Betrieben werden in Bayern die Größenklassen von 5 bis 20 Hektar gerechnet. In der Größenklasse von 5 bis 10 Hektar ist die Zahl der Betriebe von 121 191 im Jahre 1882 auf 134 733 im Jahre 1907 gestiegen, die der Betriebe von 10 bis 20 Hektar ging von 86 795 auf 89 907 in die Höhe. Die Zahl der größeren Betriebe von 20 bis 100 Hektar sank von 45 169 auf 40 663 und die der Großbetriebe von mehr als 100 Hektar von 594 auf 535. Im Zusammenhang mit dieser kurzen Darstellung der Entwicklung muß aber eines betont werden: die Betriebe fallen durchaus nicht immer mit dem Besitz der bewirtschafteten Grundstücke zusammen. Besonders bei den mittelbäuerlichen Betrieben spielt das Pachtland eine große Rolle. 1907 gab es in Bayern 202 fideikommissarisch gebundene Großgrundbesitze mit einer Gesamtfläche von 238 559 Hektar. Diese haben 63,3 Prozent ihres landwirtschaftlichen Kulturlandes verpachtet, davon 23 Prozent parzellenweise. Die Zupachtungen sind ziemlich häufig, wir finden sie bei 26,4 Prozent aller Betriebe. Dieser Überblick war nötig, um die nachfolgenden Ausführungen verständlich zu machen.

Die letzte Betriebszählung im Jahre 1907 verzeichnete 2 101 652 Personen, die in der Landwirtschaft beschäftigt waren, 994 641 oder 47,3 Prozent männlichen und 1 107 011 oder 52,7 Prozent weiblichen Geschlechts. Von je 100 beschäftigten Personen entfielen auf die nachstehenden Größenklassen:

| | Männliche Beschäftigte | Weibliche Beschäftigte |
|------------------------------|------------------------|------------------------|
| Unter 2 Hektar | 13,8 | 22,1 |
| Von 2 bis 5 Hektar | 21,1 | 22,8 |
| " 5 " 20 " | 46,8 | 42,4 |
| " 20 " 100 " | 16,9 | 12,0 |
| Über 100 Hektar | 1,4 | 0,7 |

In den Betrieben bis zu 10 Hektar kamen auf je 100 landwirtschaftlich Beschäftigte 67,8 weibliche. Die Beschäftigten werden geschieden in ständig und vorübergehend mithelfende Familienangehörige und ständig und vorübergehende fremde Arbeitskräfte. Unter den ständig mitarbeitenden Familienangehörigen überwiegt das weibliche Geschlecht ganz bedeutend. Von insgesamt 950 794 Personen dieser Kategorie sind 252 592 männlichen und 698 202 weiblichen Geschlechts. Nach den Größenklassen verteilen sie sich folgendermaßen:

| | Mithelfende männliche Familienangehörige | Mithelfende weibliche Familienangehörige |
|-------------------------------|--|--|
| Unter 2 Hektar | 19 789 | 136 327 |
| Von 2 bis 5 Hektar | 48 995 | 182 336 |
| " 5 " 10 " | 71 862 | 181 023 |
| " 10 " 20 " | 71 927 | 135 569 |
| " 20 " 50 " | 37 649 | 59 510 |
| " 50 " 100 " | 2 167 | 8 139 |
| " 100 " und darüber | 203 | 298 |

Diese Zahlen sprechen Bände. In Bayern kann sich der „Parzellen- und mittelbäuerliche Betrieb nur über Wasser halten, wenn er die weibliche Arbeitskraft unverhältnismäßig ausnützt. Der schwächere weibliche Organismus mit seinen häufigen gesundheitlichen Schwankungen wird der schweren, anstrengenden landwirtschaftlichen Arbeit in einem Umfang unterworfen, der zu denken gibt. Angesichts der angeführten Zahlen ist es wohl zu verstehen, daß gerade auf dem Lande in Bayern die Säuglingssterblichkeit so auffallend stark ist. — Aber auch unter den ständig beschäftigten fremden Arbeitskräften überwiegen die Frauen ganz bedeutend in den Klein- und Mittelbetrieben, bei den Großbetrieben zeigt sich die umgekehrte Erscheinung.

Die fremden Arbeitskräfte verteilen sich nach dem Geschlecht wie folgt auf die Größenklassen der Betriebe:

| | Knechte | Mägde |
|-------------------------------|---------|--------|
| Unter 2 Hektar | 1 880 | 5 241 |
| Von 2 bis 5 Hektar | 5 208 | 11 242 |
| " 5 " 10 " | 15 977 | 23 987 |
| " 10 " 20 " | 41 732 | 41 966 |
| " 20 " 50 " | 52 963 | 39 916 |
| " 50 " 100 " | 9 990 | 4 953 |
| " 100 " und darüber | 3 653 | 1 159 |

In den Regierungsbezirken Pfalz, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken sind in der Landwirtschaft mehr Mägde als Knechte beschäftigt, in Ober- und Niederbayern sowie Schwaben mehr ständige männliche Arbeitskräfte.

Zu den Tatsachen, die von diesen Zahlen verkündet werden, kommen noch weitere, die nicht minder das soziale Elend der Kleinbäuerlichen Schichten in Bayern beleuchten; vor allem ist da die Kinderarbeit zu nennen. Als ständig mitarbeitende Kinder unter 14 Jahren wurden bei den Familienangehörigen 35 681 gezählt, 17 710 Knaben und 17 971 Mädchen. Die Kleinbetriebe sind es, die die größte Zahl von Mädchen verwenden. Die Lohnarbeit von Kindern unter 14 Jahren ist in der Statistik nicht gesondert verzeichnet worden. Diese teilt nur die Tatsache mit, daß sie in der Land- und Forstwirtschaft die Lohnarbeit von Kindern in Handel und Industrie übersteigt. Es wurden lohnarbeitende Kinder unter 14 Jahren 1907 in Bayern ermittelt:

| | |
|--|--------|
| In der Land- und Forstwirtschaft | 15 815 |
| " " Industrie | 12 770 |
| Im Handel | 1 121 |

Die Hauptstützen der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe sind auch in Bayern Frauen und Kinder. Das besagt die Statistik unzweifelhaft. Der Regierung des Herrn v. Hertling, dieses Hüters ewiger Wahrheiten, steht hier ein großes Feld praktischer Betätigung des Christentums offen. Wird diese Regierung wenigstens die 51 496 Kinder zu sich kommen lassen, die in der Landwirtschaft vor der Zeit hart fronarbeiten? Denn diese haben wirklich kein Himmelreich! J. Sr.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens.

Frauen und Kinder werden in wachsenden Scharen in den Produktionsprozeß einbezogen, das heißt unmittelbar der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen. Dies ist eine internationale Erscheinung. In Deutschland waren in Betrieben mit mindestens 10 Arbeitern und in den diesen gleichgestellten Unternehmungen beschäftigt: Arbeiterinnen über 16 Jahren 1910 1 259 558, 1911 1 317 682. Ihre Zahl wuchs in einem Jahre um über 58 000. Nach dem „Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches“ verteilt sich diese Zahl auf die Altersstufen folgendermaßen: Arbeiterinnen im Alter von 16 bis 21 Jahren 1910: 489 130, 1911: 513 685; Arbeiterinnen über 21 Jahren 1910: 770 428, 1911: 803 997. Verhältnismäßig noch stärker ist in dem gleichen Zeitraum die Zahl der in den genannten Betrieben beschäftigten Kinder gewachsen. Es waren beschäftigt Kinder von unter 14 Jahren bis zum vollendeten 16. Jahre 1910: 483 340, 1911: 512 851. Ihre Schar nahm also um beinahe 30 000 zu. Und zwar waren in den erwähnten Betrieben beschäftigt Kinder unter 14 Jahren 1910: 7014, 1911: 7434; Jugendlichen von 14 bis 16 Jahren männlichen Geschlechts 1910: 309 101, 1911: 332 882, weiblichen Geschlechts 1910: 167 225, 1911: 172 535.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Die Jahresversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Frauenagitationsvereine in Holland hat am 22. März stattgefunden. 20 Klubs waren vertreten. Die zweite Vorsitzende Genossin E. Sonnes hielt die Eröffnungsrede, in der sie erklärte, daß die holländischen Genossinnen auf das vergangene Jahr als auf ein gutes zurückblicken können. Die Zahl der Mitglieder des Vereines nahm zu, obgleich diesem nur diejenigen Genossinnen beitreten, die sich speziell der sozialistischen Propaganda unter den Frauen widmen wollen. Zwei erfolgreiche Frauentage fanden statt, Tage von großem Nutzen für die Verbreitung sozialistischer Ideen unter den Frauen, Tage, mit denen unsere Klubs ihre Existenzberechtigung wiederum bewiesen haben. In lebensvollen Ausführungen legte dann Genossin Sonnes unsere Aufgaben und unsere Arbeit dar: die Stellungnahme der Frauen gegen den Krieg, die wichtige Aufgabe der Arbeiterfrau als Mutter dabei; die Rednerin hob den Druck der Teuerung hervor, die international ist wie der Imperialismus. Sie kritisierte das Verhalten der Regierung gegen die Interessen der proletarischen Frauen. Statt die drückende Teuerung zu lindern, eine sogenannte Reform, die Zölle, höhere Abgaben und Steuern bringt; keine Mortalitäts- und Altersrente für die Witwe; die Diensthöfen ausgeschlossen von der Versicherung und schließlich eine Vorlage zur Verfassungsreform ohne Wahlrecht für die Frauen. Die Rednerin bekräftigte, daß wir trotz alledem das Wahlrecht erkämpfen werden. Die sozialistische Frauenbewegung überflügelt die bürgerliche. Sie hat die große Sozialdemokratie hinter sich. Die Genossinnen werden das Wahljahr benutzen, um die proletarischen Frauen aufzurütteln und aufzuklären. Indem sie für das Wahlrecht kämpfen, arbeiten sie an der politischen Schulung der Frauen. Uns bringt alles Gewinn.

Aus dem Jahresbericht heben wir folgendes hervor: Dem Verband gehören 20 Klubs an und einige Agitationskommissionen, die sich zu Klubs entwickeln werden. In Anbetracht der bevorstehenden Wahlen hatte der Verband für letzten Winter einen Arbeitsplan aufgestellt, der die Grundlage für die politische Schulung der Genossinnen bilden sollte. Die Gesetzesvorlagen zur Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung und zur Tarifreform sind in den Klubs behandelt worden, diese verfolgten aufmerksam die Beratungen der Kammern. Der Verband schickte den Klubs Material wie auch einen Leitfaden über Gemeindepolitik und Gemeindefürsorge. Dieses Thema sollte in den Klubs wie in öffentlichen Versammlungen behandelt werden. Lichtbilder wurden zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt. Die Klubs veranstalteten zahlreiche Versammlungen, die der Bildung ihrer Mitglieder dienten oder auch der Agitation. Einige Klubs hielten Bildungskurse ab, die in die soziale Frage tiefer einführten, andere haben Kindervereine und Kinderbibliotheken gegründet oder auch ein Kinderfest abgehalten. Die Auflage der „Proletarische Vrouw“ stieg von 5700 1911 auf 6500 1912, die Zahl der Abonnenten beträgt 2700, 750 Exemplare werden regelmäßig an ständige Abnehmer verkauft, die Kolportage hat guten Erfolg. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Hausagitation für den Verkauf des Blattes

eine Gelegenheit zur Propaganda unter den Frauen ist und uns mit ihnen in Verbindung bleiben läßt. Das Preßkomitee, das Artikel für die Frauenrubrik der Gewerkschafts- und Parteiblätter liefert, hat gute Arbeit geleistet. Es hat 13 Mitarbeiterinnen. 21 Gewerkschafts- und 15 Parteiblätter erhalten regelmäßig einen Artikel. Außer einem Flugblatt für den Frauentag verbreiteten die Klubs ein anderes, das sich mit dem Gesetzentwurf zur Invaliditäts- und Altersversicherung befaßte und sich dagegen wandte, daß darin keine Witwenrente vorgesehen war. Genossin Pohlweis-Smit schrieb auf Wunsch der Partei eine vorzügliche Broschüre für die Frauen, die die kommenden Wahlen behandelt. Der Verband konnte vier neue Rednerinnen ausschicken, und die bisher agitatorisch tätigen Genossinnen wurden mehr als je zu Parteiverfassungen berufen. In allen Meetings, die die Partei veranstaltete, beteiligte sich der Verband und wirkte für die Beteiligung der Frauen an ihnen, und das mit dem besten Erfolg. Der Verband hält es für eine seiner dringendsten Pflichten, der Erziehung der Kinder im Geiste des Sozialismus die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Jahresversammlung dankte der Verbandsleitung für ihre Arbeit, die von den Klubs schwer entbehrt werden könnte. Genossin Comes hielt ein Referat über die Selbstschulung in den Klubs und die kommenden Wahlen. Sie befürwortete die Einsetzung eines großen Vorstandes, in dem jedem Mitglied eine bestimmte Funktion zufällt, ferner Propagandakommissionen für die Verbreitung des Blattes, die regelmäßig Bericht zu erstatten haben. Die Mitglieder müssen sich vorbereiten, eines Tages im Vorstand der Parteiorganisationen mitarbeiten zu können. Nach dem Arbeitsplan für die bevorstehenden Wahlen sollen in den in Betracht kommenden Orten je zwei gut vorbereitete öffentliche Versammlungen stattfinden, die der Aufklärung der Frauen dienen, die noch außerhalb der Bewegung stehen. Diese Versammlungen sind natürlich im Einvernehmen mit der Parteisektion zu veranstalten. Die Mitglieder der Klubs selbst sollen sich an allen Parteiarbeiten für die Wahl beteiligen. Es wird berichtet, wie die deutschen und österreichischen Genossinnen bei den Wahlen arbeiten und was sie leisteten. Eine der Agitatorinnen des Verbandes gab eine lebhafteste Schilderung von der Arbeit der Genossinnen in ihrer Parteiorganisation bei den letzten Wahlen. Die Jahresversammlung beschloß, daß die „Proletarische Frau“ vergrößert wird. Wenn auch betreffs des Blattes kleine Wünsche geäußert wurden, so fand doch die Redaktion im allgemeinen Zustimmung und Lob. Die Vorsitzende des Verbandes, Genossin Wibaut, erstattete ein Referat über „Kinderklubs und Kindererziehung“. Wir können den großzügigen Vortrag leider nicht ganz wiedergeben, sondern müssen uns damit begnügen, einige Ausführungen herauszugreifen. Die Rednerin zeigte die großen Mißverständnisse, mit denen wir bezüglich unserer Ideen über die Erziehung zu kämpfen haben. Wir befürworten die Kinderklubs als Ergänzung der häuslichen Erziehung. Genossin Wibaut legte dar, daß die Bourgeoisie die Familie des Arbeiters zur Hüterin der Interessen der besitzenden Klasse erniedrigen will, die das Kind fähig und willig machen soll, herangewachsen das Joch der Ausbeutung weiterzuschleppen. Die Tugenden und Eigenschaften sollen herangebildet werden, die diesem Zwecke dienen. Wir wollen dagegen die Gefühle der proletarischen Solidarität und einer Liebe entwickeln, die die ganze Menschheit umfaßt. In der Arbeiterklasse müssen die Eltern die Liebe und die Verantwortung für ihre eigenen Kinder ausdehnen auf alle Kinder, müssen sie einander helfen und stützen, die Kinder so zu erziehen, wie wir sie herangewachsen sehen wollen: zu denkenden, selbständigen, freiheitsliebenden Menschen. Die Rednerin berichtete, was in Österreich geschieht, wo eine Organisation von Kinderfreunden besteht, wo Kinderklubs, Bibliotheken und Elternabende eingerichtet worden sind. Sie sprach davon, daß auch bei uns die Absicht da ist, sich an die Eltern zu wenden und sie mit dem Verständnis für die hohen Aufgaben zu erfüllen, die ihnen obliegen. Es gilt die Eltern im Geiste unserer sozialistischen Auffassung für ihre Aufgabe vorzubereiten. Widmen wir uns dieser bedeutsamen Arbeit, so wird sich zeigen, daß sich dadurch viele unserer Reihen anschließen. Unsere Kinderklubs sind nur der Anfang unserer Betätigung in dieser Richtung. In der Diskussion wendete sich niemand im Prinzip gegen Genossin Wibauts Ausführungen. Es wurde eine Kommission ernannt, die sich mit der Frage beschäftigen soll und weitere Mitglieder berufen kann. Die Tagung schloß mit einer schönen Deklamation.

Helene Ankersmit, Schriftführerin, Amsterdam.

I. K. Das zehnjährige Bestehen des Vereins sozialdemokratischer Frauen und Mädchen in Oesterreich konnte am 22. April gefeiert werden. Es war dies die erste Frauenorga-

nisation in Oesterreich, die einen politischen Charakter trug. Der Verein wurde gegründet, nachdem die Christlichsozialen in Wien ihren Frauenbund für die Zwecke der politischen Agitation mit Erfolg verwendet hatten. Nach wiederholten Abweisungen bewilligte schließlich die Statthalterei die Statuten des Vereins sozialdemokratischer Frauen und Mädchen. Schon der Name brachte den Zweck des Vereins zum Ausdruck, für die Sozialdemokratie zu wirken, obwohl es im § 2 des Statuts heißt, daß Politik und Religion von der Betätigung ausgeschlossen sind. Was der Name ankündigte, wurde im Statut abgeschworen. Anderes wäre die behördliche Genehmigung des Vereins nie zu erreichen gewesen, da ja Frauen die Bildung oder Zugehörigkeit zu politischen Organisationen nicht gestattet ist. Die Bedeutung des Namens hatten die Behörden übersehen.

Tatsächlich hat der Verein eine durchaus politische Wirksamkeit entfacht. In den zehn Jahren seines Bestehens hat er 400 Frauen als Mitglieder aufgenommen. Allerdings konnte er sie nicht alle halten, aber er hat doch sehr viele Frauen mit den Zielen der Sozialdemokratie bekannt gemacht. Bei jedem Wahlkampf in Wien hat die Organisation auf das intensivste mitgearbeitet. In Favoriten war es, wo die Proletarierinnen die christlichsozialen Agitatoren mit Spülwässern und Scheuerlappen empfangen, um ihnen die Lust zur Beeinflussung der Arbeiterfrauen zu vertreiben. Die Genossinnen haben gute Pionierarbeit geleistet, und mit Recht konnte Genosse Dr. Adler in der Festversammlung davon sprechen, wie viel die Partei auch den Frauen verdankt. Die Festversammlung gestaltete sich zu einer begeisterten Kundgebung für die politische Organisation der Frauen. Die Reden der Vorsitzenden Genossin Pölzer, der beiden Abgeordneten für Favoriten Dr. Adler und Neumann und der Genossinnen Schlesinger und Popp lösten Beifallsstürme aus. a. p.

I. K. Eine angeklagte Frauenorganisation in Oesterreich. Eine Entscheidung von prinzipieller Bedeutung für die politische Organisierung der Frauen in Oesterreich ist am 24. April von einem Richter in Niederösterreich gefällt worden. Die freie politische Frauenorganisation eines Ortes, von Wilhelmsburg, war angeklagt, daß sie einen ungeschlichen, weil von der Behörde nicht genehmigten Verein bilde. Fünf Genossinnen hatten vor Gericht zu erscheinen, und alle Organisationsbehelfe, wie Parteilegitimation, Arbeiterinnenzeitung, Organisationsstatut, lagen als Belastungsmaterial dem Gericht vor. Der Verteidiger, Genosse Winter, beantragte, Genossin Popp als Sachverständige über die Organisation zu vernehmen, daß Gericht beschloß dementsprechend. Genossin Popp bewies nun durch Anführung der Beschlüsse von Parteitagen und Frauenkonferenzen, daß es sich bei der freien Frauenorganisation um kein Vereinsgebilde handle, sondern um Frauen, die durch die Leistung von freiwilligen Beiträgen und durch Abonnieren einer sozialdemokratischen Zeitung ihre sozialdemokratische Gesinnung zum Ausdruck bringen. Die Angeklagten seien keine Vereinsfunktionärinnen, sondern Vertrauenspersonen der sozialdemokratischen Partei. Ihre Aufgabe sei es nicht, die Geschäfte eines Vereins zu führen, sondern sozialdemokratische Anschauungen zu verbreiten. Genosse Dr. Winter beantragte, auf Grund dieser Aussagen die Angeklagten freizusprechen, da sämtliche politischen Parteien in Oesterreich ihre Organisation in der gleichen Weise aufgebaut hätten und man alle verurteilen müsse, wenn die angeklagten Frauen schuldig gesprochen würden. Das Gericht schloß sich diesen Anschauungen an und sprach die fünf Genossinnen frei. Damit wurde die freie politische Frauenorganisation als den Gesetzen nicht widersprechend anerkannt. Für ihre Entwicklung bei uns ist diese Entscheidung nicht unwichtig, da das Herrenhaus merkwürdig lange zögert, dem vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Gesetz zuzustimmen, das den Frauen das Recht der politischen Organisation gibt. a. p.

Frauenstimmrecht.

Der Kampf der englischen Suffragetten hat immer unwichtigere Formen angenommen, seitdem im englischen Parlament der letzte Vorstoß zur Einführung des Frauenwahlrechts ergebnislos geblieben ist. Das Zertrümmern von Fenstern und Spiegelscheiben genügt diesen Frauenrechtlerinnen nicht mehr. Sie vernichteten durch Säuren und Feuer den Inhalt von Briefkästen; sie griffen zur Brandstiftung und zur Bombe; dem Kampfe mit Säuren, Schirmen und Hutnadeln gegen die Polizei folgten Attentate wider einflussreiche Gegner des Frauenwahlrechts. Ein der letzten und sinnlosesten Taten ist die Einschüerung des Schulhauses zu Ashley. Die hervorragenden Führerinnen der Suff-

fragetten sind nun alle verhaftet, und die meisten von ihnen sind bereits verurteilt worden. Darunter Mrs. Pankhurst zu vier Jahren Arbeitshaus. Die Verurteilten suchen ihre Freilassung nach wie vor durch Hungern zu erzwingen. Die englische Regierung läßt sich jedoch dadurch nicht mehr die volle Freilassung der Suffragetten abzwängen, sondern nur eine zeitweilige Entlassung aus dem Arbeitshaus. Diese wird dann verfügt, wenn das Leben einer Strafgefangenen durch die Weigerung von Nahrungsaufnahme ernstlich gefährdet erscheint; ist die Gefahr beseitigt, so können sich jederzeit wieder die Tore des Arbeitshauses für die Suffragetten öffnen. Die englische Regierung ist nun auch gegen die Organisation der Suffragetten vorgegangen und will ihre Propaganda unmöglich machen. Sie hat die Bureaus der „Women's Political and Social Union“ schließen lassen, beschlagnahmte dort viele Schriftstücke und verbot es jedermann, die Vereinigung fürderhin zu unterstützen oder ihr Blatt „The Suffragette“ zu drucken. Dieses ist trotzdem seit dem Verbot erschienen. Auch gegen die Versammlungen und Meetings der „wilden Weiber“ schreiten die Behörden ein. Mit Recht hat ein gewaltiges Meeting auf dem Trafalgar Square gegen die Unterdrückung der Redefreiheit protestiert, die auch eine Gefahr für die Arbeiterbewegung bedeutet. Keir Hardie und andere Führer der Arbeiterbewegung sprachen bei dieser großen Volksversammlung, und viele Gewerkschaften nahmen offiziell an ihr teil. Wir werden auf all diese Vorgänge noch zurückkommen.

Der Kampf der englischen Suffragetten ist der Triumph der Verachtung der Theorie, mit anderen Worten: der Gipfelpunkt geschichtlicher Einsichtslosigkeit. So geht er um die Skizze eines großen Zieles, und die in ihm befolgte Taktik ist die Skizze eines revolutionären Kampfes. Unter der Losung: „Das Frauenwahlrecht an sich und als solches“ sind die Suffragetten bis zum Eintreten für die Versöhnungsbill heruntergekommen, die zugunsten der Besitzenden ein so beschränktes Damenwahlrecht bringen sollte, daß jeder demokratisch Gesinnte nur mit Empörung an diesen reaktionären Schwindel denken kann. Und für die vergoldete aber taube Kuh „des Frauenwahlrechts an und für sich“ haben sie zu terroristischen Kampfmitteln gegriffen, die nur dort und unter Umständen erklärlich und geschichtlich gerechtfertigt erscheinen, wo alle anderen Kampfmittel fehlen und in der Folge „der alte Urtand der Natur“ wiederkehrt, daß mit Gewalt der Gewalt geantwortet werden muß. Das obendrein unter wirklicher Einsetzung des Lebens. Die Taktik der Suffragetten hat dem Frauenwahlrecht Sympathien geraubt und keine gewonnen, sie hat ihre Aussichtslosigkeit erwiesen, diese Forderung zum Siege zu führen. Die Energie und der Opfermut der einzelnen Suffragetten können an dieser Tatsache nichts ändern.

Das kirchliche Frauenstimmrecht im Kanton Bern. Die bernische Kirchensynode hat bereits im Herbst 1908 mit 81 gegen 16 Stimmen beschlossen, die Staatsbehörden zu ersuchen, das kirchliche Frauenstimmrecht für wichtige kirchliche Angelegenheiten einzuführen. Zwei bekannte Autoritäten auf dem Gebiet des schweizerischen Staatsrechts wurden in der Folge von dem Berner Synodalrat beauftragt, ein Gutachten über die verfassungsrechtliche Zulässigkeit des kirchlichen Frauenstimmrechts auszuarbeiten. Beide Gutachten kamen zu dem Schlusse, daß die Einführung des kirchlichen Frauenstimmrechts keine Revision der Verfassung notwendig mache, sondern nur einen Zusatz zu dem Artikel 8 des bernischen Kirchengesetzes vom Jahre 1874. Die bernische Kirchendirektion hat nun beim Regierungsrat beantragt, in die Übergangsbestimmungen zum Gemeindegesetz einen Artikel aufzunehmen, der den Kirchengemeinden die Berechtigung erteilt, das Stimmrecht der Frauen für Pfarrerwahlen und Kirchengemeinderatswahlen einzuführen. Stimmberechtigt soll jede Schweizer Bürgerin sein, die der Landeskirche angehört und mindestens ein Jahr in der Kirchengemeinde wohnt, in der sie zur Wahl geht. W.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Kinderhorte in Deutschland gibt es nach einer Liste der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge zurzeit in 256 Orten 1245. Sie zählen zusammen 84 241 Pflinglinge. Von 48 Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern haben 4 keine Kinderhorte, nämlich: Deutsch-Wilmersdorf, Gelsenkirchen, Hamborn und Mülheim a. d. Ruhr. 7 Kommunen mit mehr als 50 000 Einwohnern sind ebenfalls ohne Horte: Wuer, Vorbeck, Lichtenberg, Oberhausen, Steglitz, Zabrze. Ein vielsagendes Bild erhält man, wenn man die Gesamtzahl der Volksschüler in den Orten über 100 000

Einwohner mit der Zahl der Horte und ihrer Pflinglinge daselbst vergleicht. Augsburg mit 12 019 Schulkindern weist 15 Horte mit 1688 Pflinglingen auf; Braunschweig mit 12 208 Volksschülern 22 Horte mit 1105 Pflinglingen; Berlin mit 250 257 Schulkindern 96 Horte mit 11 353 Pflinglingen, dazu 172 Pflid- und Anabandfertigkeitschulen, die 13 563 Kinder aufnehmen, aber nur zweimal in der Woche geöffnet sind; Neutölln mit 29 923 Volksschülern 2 Horte mit 90 Pflinglingen; Schöneberg mit 12 679 Schulkindern 8 Horte mit 200 Pflinglingen usw. Die 1245 Horte, die es im Reiche gibt, erhalten aus staatlichen Mitteln 2700 Mk. Unterstützung, von Gemeinden 333 145 Mk., dazu in manchen Städten Räume, Heizung und Beleuchtung ganz oder teilweise unentgeltlich, 4 Horte werden von christlichen Kirchengemeinden und 4 von jüdischen Gemeinden mit zusammen 4280 Mk. unterstützt. Neben diese Angaben nicht eindringlich davon, wie unzulänglich ist, was private Fürsorge auch mit dem besten Willen für die Bewahrung und Erziehung der proletarischen Kinder zu leisten vermag, deren Mütter in die Tretnühle der kapitalistischen Ausbeutung gespannt sind? Hier muß in erster Linie die Gemeinde eingreifen, der der Staat für die Zwecke der Kinderfürsorge Beihilfe in ausreichendem Maße zu gewähren hat. Die Städte haben Geld für Fürsorgeempfang, Wankelns und Schützenfeste; die Staaten haben Millionen für Zivillisten und Anagen; das Reich hat Milliarden für Kasernen, Kanonen und Kriegsschiffe. In der Gesellschaft des kapitalistischen Überflusses, den die Nichtbesitzenden schaffen, darf es nicht an den Mitteln der Kinderfürsorge fehlen, oder sie richtet sich selbst als eine Ordnung der Barbarei und Vergewaltigung lebendiger Kräfte.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

I. K. Oesterreichische Sozialdemokratinnen als Mitglieder einer handelspolitischen Kommission. Durch den Bürgermeister von Wien wurde angeregt, eine handelspolitische Kommission zu bilden, die die Aufgabe zu erfüllen hat, schon jetzt Stellung zu nehmen zu den Zoll- und Handelsverträgen, die 1917 neu abzuschließen sind. Da durch die Handelsverträge und Zollgesetze von 1906 die Teuerung des Lebensbedarfs so rasch und stark zugenommen hat, soll rechtzeitig vorgebeugt werden, daß 1917 nicht wieder nur die Interessen der Agrarier in den Vordergrund treten. Die handelspolitische Kommission ist aus Vertretern der Industrie, des Handels und der Konsumenten zusammengesetzt. Als Vertreter von Konsumenten hat man auch sechs Frauen Mandate eingeräumt. Es gehören der aus 144 Personen bestehenden Kommission zwei Vertreterinnen der rührigen Reichsorganisation der Hausfrauen an, zwei Vertreterinnen der christlichsozialen Frauenorganisationen und zwei Sozialdemokratinnen: die Genossinnen Freundlich und Popp. Außerdem sind noch sechs männliche Sozialdemokraten Mitglieder der handelspolitischen Kommission. a. p.

Vorsitzender und Beisitzer des Jugendgerichts für Mädchen in Chicago müssen sämtlich Frauen sein. Die genannte Gerichtsstelle ist als besondere Kammer dem allgemeinen Jugendgericht angegliedert. Ihre Errichtung wurde durch die Erfahrung veranlaßt, daß junge Mädchen häufig nicht zu bewegen sind, vor Männern bestimmte Aussagen zu machen.

Verschiedenes.

I. K. Eine Sozialdemokratin Mitglied des Erziehungsrats in Wien. Unter dem Vorsitz des Erbgrafen Trautmannsdorf wurde in Wien ein Erziehungsrat gebildet, dem Vertreter aller Richtungen angehören: Mitglieder des Hochadels, der freisinnigen Lehrerschaft und der katholischen Lehrer; Frauen aus liberalen Kreisen, Herikale und freirechtliche Lehrerinnen; Mitglieder der Herikalen Leogessellschaft, Vertreter der freien Schule und Sozialdemokraten. Für die sozialdemokratischen Frauenorganisationen wurde Genossin Freundlich delegiert. Der Erziehungsrat hat die Aufgabe, Vorschläge zu machen, wie die Beeinflussung der Schuljugend durch schlechte Kinovorstellungen und Schundliteratur zu bekämpfen ist. Außer Genossin Freundlich gehören dem Erziehungsrat von sozialdemokratischer Seite auch einige Reichsratsabgeordnete an. a. p.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Jellin (Jundel), Wilhelmshöhe, Volt Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.